

Rainer Ehm

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Oberpfalz

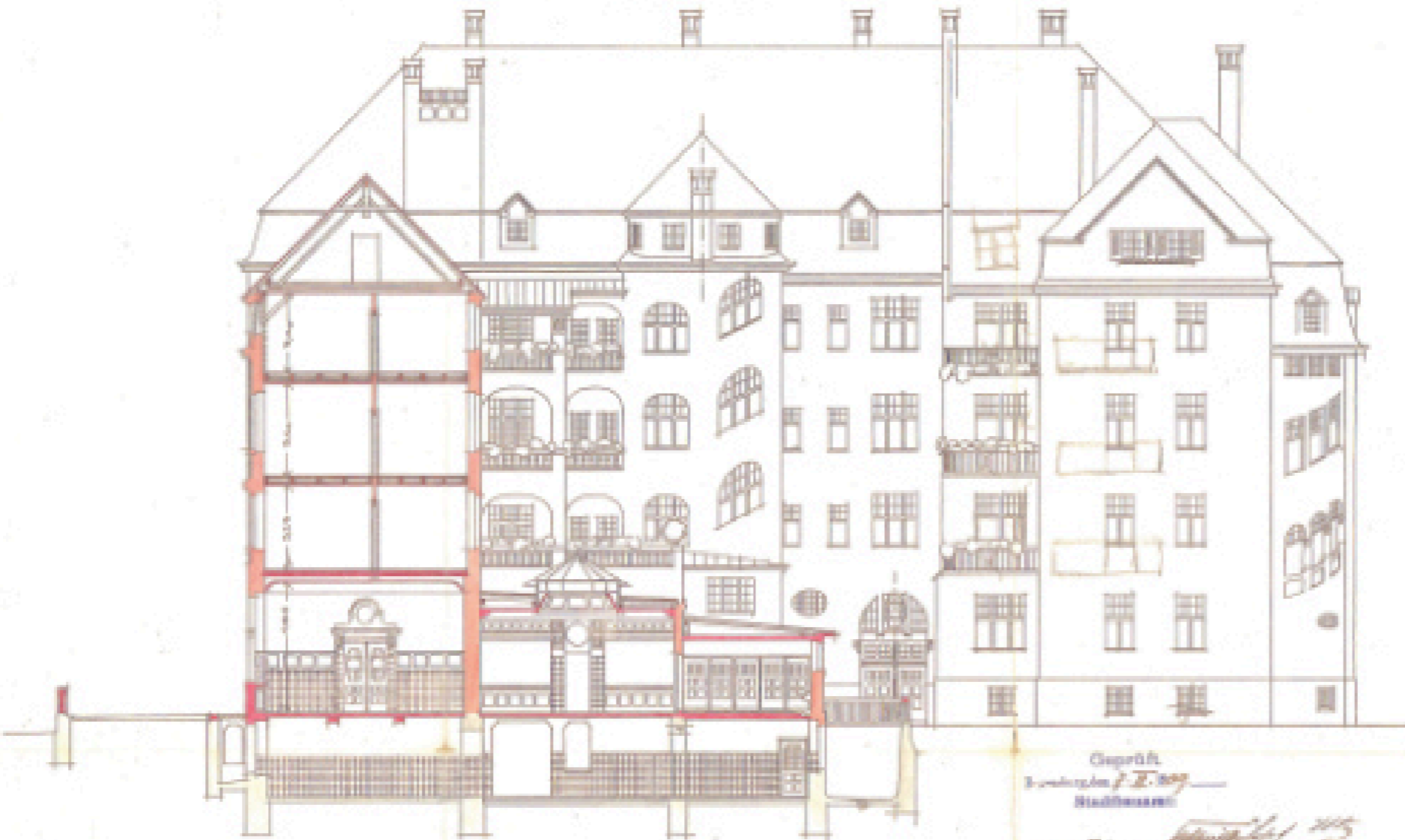
DGB

100 Jahre Regensburger Volkshaus Paradiesgarten | Gewerkschaftshaus 1926–2026



BAU-PROJEKT „PARADIES-GARTEN“.

SCHNITT-e-f.



M. 1:100.

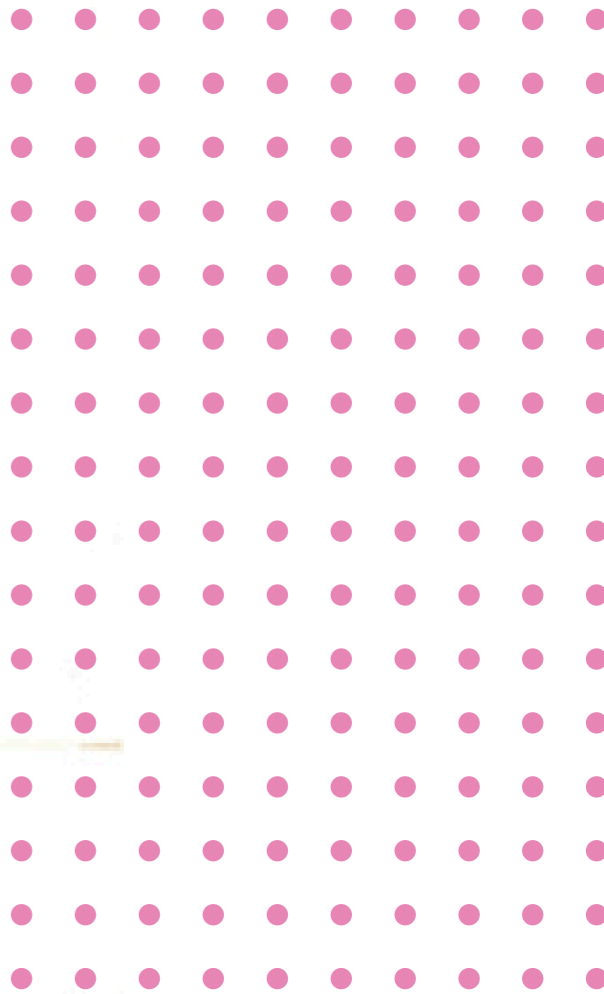
Gezeichnet
 von *E. Meyer*
 Hochbauamt

1905
 vom *10. April*

1905
 vom *10. April*

1905
 vom *10. April*

1905
 vom *10. April*



Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Freundinnen und Freunde,
Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Regensburger Gewerkschaftshaus, eröffnet am 1. Mai 1926 als „Volkshaus Paradiesgarten“, steht seit einem Jahrhundert für Zusammenhalt und Begegnung. Es ist ein Symbol für unsere Überzeugung, dass gesellschaftlicher Fortschritt nie vom Himmel fällt, sondern von Menschen erkämpft, getragen und verteidigt werden muss. Seine Geschichte ist eng verbunden mit der Geschichte der organisierten Arbeiter*innenbewegung, mit dem Ringen um bessere Arbeitsbedingungen, um gerechte Löhne, um soziale Sicherheit, um Mitbestimmung und Demokratie.

Ein Gebäude wie dieses ist nie nur aus Mauern gebaut. Es lebt von den Menschen, die seit Generationen hier diskutieren, streiten, organisieren, Haltung zeigen und feiern. Von den Kolleginnen und Kollegen, die sich für ihre Interessen einsetzen, und dabei immer auch das Gemeinsame im Blick haben: Solidarität statt Spaltung, Respekt statt Ausgrenzung, ein gutes Leben für alle.

Die vergangenen 100 Jahre waren nicht nur Zeiten des Aufbruchs und des Erfolgs, sondern auch Zeiten des Niedergangs, der Verfolgung und der Zerstörung gewerkschaftlicher Strukturen. Die Geschichte des Regensburger „Volkshauses“ führt uns dies eindringlich vor Augen. Die Wiedergründung als Einheitsgewerkschaft – eine der Lehren aus der Nazi-Diktatur – ist Ausdruck einer Tradition, die Widerstände überwinden kann, aber auch mit Widersprüchen leben muss.

Gerade in einer Zeit, in der viele Menschen Verunsicherung erleben, in der wirtschaftliche Umbrüche, soziale Spannungen und politische Polarisierung zunehmen, braucht es Orte, die verbinden. 100 Jahre Gewerkschaftshaus Regensburg sind deshalb für uns auch ein Auftrag, die Geschichte dieses Hauses lebendig zu halten, und weiterhin dafür zu sorgen, dass gewerkschaftliche Werte gelebte Wirklichkeit werden und bleiben.

Diese Festschrift soll dazu einen Beitrag leisten. Ohne die tatkräftige Mitarbeit von engagierten Menschen und die finanzielle Unterstützung von verschiedenen Seiten hätte sie nicht realisiert werden können. Ich möchte ihnen allen an dieser Stelle herzlich Danke sagen. Und mein Dank gilt natürlich all jenen, die unser Haus der Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten geprägt, erhalten und mit Leben erfüllt haben.

Möge das Regensburger Gewerkschaftshaus auch in Zukunft eine Bastion des Fortschritts, ein Ort der Gemeinschaft, der Demokratie und des Zusammenhalts bleiben!

Christian Dietl
DGB Regiongeschäftsführer Oberpfalz

Inhaltsverzeichnis

Grußworte

2

100 Jahre Regensburger Volkshaus Paradiesgarten | Gewerkschaftshaus 1926-2026 von Rainer Ehm

Ein runder Geburtstag eines heute in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlichen Gebäudes	10
Das »Volkshaus« – Ideal und Entwicklungsgeschichte.....	11
Die frühe sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in der Oberpfalz und in Regensburg.....	13
Regensburgs erste »Gewerkschaftshäuser«: »Zum Blauen Hecht« und »Glockengasse 7«.....	15
Vom »Paradiesgarten« zum »Volkshaus«	25
Die »Volkshaus GmbH Regensburg« und die Eröffnung am 1. Mai 1926.....	29
Vom 9. März zum 2. Mai 1933 – von der Beschlagnahme des »Volkshauses« zur Auflösung des ADGB	40
Die Besetzung und Beschlagnahme des »Volkshauses« am 9. März 1933 – Widerstand	41
Der 1. Mai 1933 und das Ende der freien Gewerkschaften am Tag danach	48
Beschlagnahme durch US-Militärregierung. Rückgabe des »Volkshauses« im Dezember 1946	50
Abriss- und Umbauplanungen, Modernisierungen	53

Quellen- und Literaturlauswahl

62

Bildverzeichnis / Abbildungsnachweis

64

100 Jahre Gewerkschaftshaus Regensburg

100 Jahre Gewerkschaftshaus in Regensburg – das ist kein gewöhnliches Jubiläum. Es ist ein Jahrhundert organisierter Solidarität, gemeinsamer Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und gelebter Demokratie – hier vor Ort, mitten in dieser Stadt.

Dieses Haus steht nicht für sich allein. Es steht für die Menschen, die es getragen haben. Für Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die sich zusammengeschlossen haben, weil sie wussten: Allein bleibt man schwach – gemeinsam kann man etwas verändern.

Darin lag über Jahrzehnte hinweg die besondere Bedeutung dieses Hauses in Regensburg. Hier wurden Interessen nicht nur formuliert, sondern gebündelt und durchgesetzt. Hier wurde gestritten, verhandelt und entschieden. Und hier wurde immer wieder neu dafür gesorgt, dass aus Einzelnen eine starke gemeinsame Stimme wird.

Das Gewerkschaftshaus in Regensburg hat auch die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte erlebt. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 wurden ihre Häuser besetzt, ihre Arbeit verboten und ihre Strukturen zerstört. Auch das Regensburger Gewerkschaftshaus war von dieser Besetzung betroffen. Umso bemerkenswerter ist, was daraus geworden ist: Es ist das einzige der ehemaligen ADGB-Häuser in Bayern, das bis heute von den Gewerkschaften genutzt wird.

Was über Jahre aufgebaut wurde, wurde damals gewaltsam beendet – und dennoch ist dieser Ort geblieben. Das macht bis heute deutlich: Gewerkschaften sind keine Selbstverständlichkeit. Sie stehen für demokratische Teilhabe, für organisierte Gegenmacht und für die Überzeugung, dass Freiheit und soziale Gerechtigkeit zusammengehören.

Nach 1945 entstand auch hier wieder ein Ort, an dem Beschäftigte sich zusammenschlossen und ihre Interessen gemeinsam vertreten konnten – getragen von der Überzeugung, dass soziale Rechte gesichert und verteidigt werden müssen.

Ein solches Jubiläum ist deshalb mehr als ein Rückblick. Es ist ein Prüfstein für die Gegenwart. Die Herausforderungen sind greifbar: Industrien verändern sich, Arbeitsplätze geraten unter Druck, und für viele Beschäftigte wird Sicherheit wieder brüchiger. Gleichzeitig wächst die soziale Ungleichheit, und demokratische Gewissheiten geraten ins Wanken. Das ist keine abstrakte Entwicklung, sondern Realität im Alltag vieler Menschen – auch hier in Regensburg und der Oberpfalz.

Gerade in solchen Zeiten braucht es Organisation und Zusammenhalt – und Orte wie dieses Gewerkschaftshaus. Es steht exemplarisch für das, was Gewerkschaften ausmacht: dass Beschäftigte ihre Interessen gemeinsam vertreten, füreinander einstehen und Verbesserungen durchsetzen. Das ist gelebte Solidarität – nicht als Schlagwort, sondern als Praxis.

Deshalb ist dieses Haus kein Denkmal. Es ist ein Ort der Bewegung und der Auseinandersetzung – ein Ort, an dem nicht verwaltet wird, was war, sondern darum gerungen wird, wie die Arbeitswelt von morgen aussehen soll.

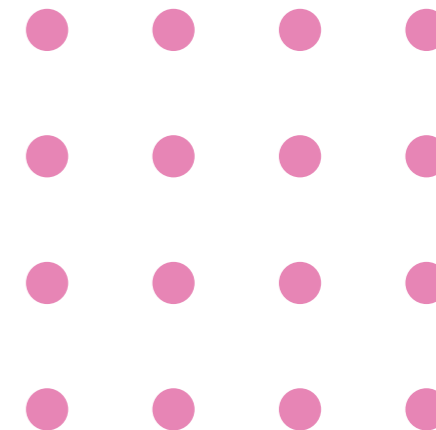
Mein Dank gilt all jenen, die dieses Haus über ein Jahrhundert hinweg geprägt haben: den vielen engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, den haupt- und ehrenamtlich Aktiven und allen, die hier Verantwortung übernommen haben. Ohne sie gäbe es diesen Ort nicht – und ohne sie gäbe es keine starke Stimme für die Beschäftigten.

100 Jahre Gewerkschaftshaus Regensburg sind ein beeindruckender Meilenstein. Vor allem aber sind sie ein Auftrag: gute Arbeit durchzusetzen, Beschäftigten Sicherheit zu geben und dafür zu sorgen, dass wirtschaftliche Interessen nicht gegen soziale Sicherheit ausgespielt werden.

Wer die Zukunft der Arbeitswelt gestalten will, muss Interessen klar benennen und Konflikte austragen. Fortschritt entsteht nicht von selbst – er wird erkämpft.

Genau dafür stehen Gewerkschaften.

Bernhard Stiedl
Vorsitzender DGB Bayern



Grußwort zum 100-jährigen Jubiläum des Regensburger Gewerkschaftshauses

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde der Solidarität,

100 Jahre Gewerkschaftshaus in Regensburg – das ist weit mehr als nur ein rundes Jubiläum. Es ist die Geschichte gelebter Solidarität, unbeugsamen Widerstands und des beharrlichen Einsatzes für soziale Gerechtigkeit. Dieses Haus steht wie kaum ein anderes für den langen Atem der Arbeiterbewegung, für Zusammenhalt in schweren Zeiten und für die Kraft der Organisation.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir zutiefst mit diesem Haus und seiner Geschichte verbunden. Seit 1926 war die SPD hier zu Hause. Und nicht nur das: Mit dem gemeinsamen Kauf des ehemaligen „Paradiesgarten“ durch den ADGB und die SPD mit der „Volkshaus G.m.b.H. Regensburg“ konnten die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie eine gemeinsame organisationspolitische Heimat schaffen. Das Volkshaus war deshalb nie nur ein Gebäude. Es war Versammlungsort und Bildungsstätte, Begegnungszentrum und Zufluchtsort, Ort der Diskussion und der

Entscheidung. Hier wurden Kämpfe vorbereitet, Solidarität organisiert, Hoffnungen geteilt. Hier wurde deutlich, dass die Arbeiterbewegung und die SPD in Regensburg mehr als eine politische Strömung verbindet – sie sind eine Gemeinschaft, eine Familie.

Die dunklen Jahre des Nationalsozialismus sollten diesen Geist für immer brechen. Am 2. Mai 1933 besetzten die Nazis das Gewerkschaftshaus in Regensburg. Die Gedenktafel am Gebäude erinnert uns daran, welchen Preis Menschen für ihre Überzeugungen zahlten. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur wurde das einstige Volkshaus wieder zu dem, was es vorher war: ein Zentrum demokratischer Organisation und solidarischen Handelns. Eine besondere Bedeutung erhält dies dadurch, dass das Regensburger Gewerkschaftshaus das einzige der damals besetzten Häuser in ganz Bayern ist, das bis heute vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften genutzt wird. Dabei darf die SPD in Regensburg weiterhin in direkter Nachbarschaft zum Gewerkschaftshaus arbeiten, was unsere gemeinsame Geschichte und Verbundenheit umso mehr betont. Diese Kontinuität ist einzigartig.

Die Bedeutung heute – Solidarität in Zeiten des Umbruchs

100 Jahre nach seiner Gründung steht dieses Haus in einer Zeit, die neue Herausforderungen mit sich bringt, aber auch alte Kämpfe wieder aufwirft. Wir erleben eine Arbeitswelt im rasanten Wandel: Die ökologische Transformation, die Digitalisierung, der demografische Wandel – all das verändert die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen grundlegend. Umso wichtiger ist es, dass starke Gewerkschaften und eine starke Sozialdemokratie dafür sorgen, dass dieser Wandel gerecht gestaltet wird. Dass niemand zurückgelassen wird. Dass gute Arbeit, faire Löhne und soziale Sicherheit auch in Zukunft keine leeren Versprechen bleiben.

Gleichzeitig sehen wir, wie soziale Ungleichheit wieder zunimmt. Wir sehen, wie Konzerne Rekordgewinne einfahren, während immer mehr Menschen trotz Vollzeitarbeit kaum über die Runden kommen. Und wir sehen, wie demokratische Werte unter Druck geraten, wie Rechtsextremismus, Hetze und Spaltung zunehmen. Die Demokratie und die Freiheit

der Gewerkschaften sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen jeden Tag neu verteidigt werden. Hier ist die Botschaft dieses Hauses aktueller denn je: Nur gemeinsam, nur organisiert, nur solidarisch können wir etwas verändern. Als BayernSPD stehen wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften gegen soziale Ungleichheit, jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

In diesem Sinne ist das Gewerkschaftshaus auch heute ein Leuchtturm: ein Ort, an dem Menschen zusammenkommen, um für ihre Rechte einzustehen. Ein Ort, an dem nicht gefragt wird, woher jemand kommt, sondern wofür er oder sie steht. Ein Ort, an dem Solidarität keine hohle Phrase ist, sondern gelebte Praxis.

Wir gratulieren von Herzen zu diesem besonderen Jubiläum und danken allen, die dieses Haus mit Leben füllen – den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die sich tagtäglich für faire Arbeitsbedingungen einsetzen, den Ehrenamtlichen, die Veranstaltungen organisieren, den Bildungsreferentinnen und -referenten, die politische Arbeit leisten, und allen, die dafür sorgen, dass dieses Haus ein Ort der Begegnung und des Austauschs bleibt.

Die BayernSPD und die Gewerkschaften kämpfen zusammen – gestern, heute und morgen – für eine solidarische Gesellschaft, in der jede und jeder in Würde leben und arbeiten kann. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass die Werte dieses Hauses – Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit – niemals wieder mit Füßen getreten werden.

Auf die nächsten 100 Jahre Solidarität!

**Ronja Endres und
Sebastian Roloff
Landesvorsitzende
der Bayern SPD**

Die Regensburger Naturfreunde und der Paradiesgarten – historischer Rückblick und Glückwunsch zum Hundertsten!

Am 30. April 1926 kündigte die sozialdemokratische Regensburger Tageszeitung „Volkswacht“ voller Stolz die Eröffnung eines neuen „Volkshauses für Regensburg“ an. Wert legte man darauf, dass sowohl das Veranstaltungszentrum selbst als auch die weiterhin „Paradiesgarten“ genannte Gastwirtschaft der Arbeiterbewegung verbundenen Vereinen und Verbänden offen standen. Das betraf insbesondere die Mitglieder des Regensburger Arbeiter-Sport- und Bildungskartells, zu dem sich seit 1921 die Kultur- und Freizeitvereine der Bewegung zusammenschlossen hatten und in dem auch die örtlichen Naturfreunde Mitglied waren. So wurde dieses bis dahin doch eher bürgerliche Ausflugsziel zu einem ihrer Vereinslokale.

Die Naturfreunde entstanden 1895 in der Wiener Arbeiterkulturbewegung. Ihr Ziel war es einerseits, dem Proletariat die Schönheiten der Natur zu eröffnen, andererseits zu seiner politischen Emanzipation beizutragen. Die Idee verbreitete sich schnell. Über Österreich hinaus gab es seit 1905 Sektionen in Zürich und München. Als erste ostbayerische Gruppe entstand 1910 die in Regensburg, 1913 dann weitere in den Industriestädten Weiden und

Amberg. Zur Zeit der Eröffnung des Volkshauses bestanden eigenständige Gruppierungen in Schwandorf, Kelheim, Sulzbach-Rosenberg, Passau, Furth im Wald, Tirschenreuth und Waldsassen.

Noch in den 1950er Jahren schaute Sylvester Häring, seit 1924 Vorsitzender in der Donaustadt, in seinen „Aufzeichnungen über die Geschichte der Ortsgruppe Regensburg des Touristenverein 'Die Naturfreunde'“ lobend zurück auf die Eröffnung des neuen Vereins-Treffpunkts: „Mit dem Erwerb der Gaststätte Paradiesgarten durch die Gewerkschaften fanden wir ein neues und schöneres Vereinslokal.“ Verfügte es doch über Gaststätte und Biergarten hinaus über eigene Sitzungs- und Gesellschaftsräume (darunter drei in sich geschlossene für Vereinstreffen).

Ganz selbstverständlich war man Teil eines erhofften gesellschaftlichen Aufbruchs. Als 1927 ein groß angelegter Reichsarbeiter-Sporttag in Regensburg stattfand, sammelten sich zum Festzug durch die Stadt mit dem „Kartell für Arbeitersport und Bildung“ auch die örtlichen Naturfreunde vor dem Volkshaus (damals noch mit der Adresse Ostendorferstraße), umrahmt

von Reichsbannermusik, dem „Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität“, der Arbeiterjugend und dem Volkschor (Abb.1).



Für Lichtbilderschauen, Filmabende und Vorträge nutzte man zwar auch andere Lokalitäten, das Volkshaus aber war ein Dreh- und Angelpunkt im Vereinsalltag. So informierte Häring am 9.12.1927 in der Volkswacht-Rubrik „Sportwacht“ sowie in deren Anzeigenteil über die im Paradiesgarten angesetzte Wintersonnwendfeier der Naturfreunde. Am Sonntag, 2.7.1929 gab ihre Musikgruppe hier ein mit einer Wanderung verbundenes Gartenkonzert; in den Nebenräumen fanden ja auch die Proben ihrer sehr aktiven Musiksektion statt (u.a. eine Zither- und eine Mandolinengruppe). Regelmäßig lud man dorthin ein zu Jahreshaupt- bzw. Generalversammlungen (Abb. 2), zu Monats- und allgemeinen Mitgliedertreffen, und geradezu zum „Naturfreundehaus“



wurde der Paradiesgarten, wenn er ausnahmsweise „in sämtlichen Räumen“ verfügbar war, wie bei der Vereins-Kirta im Januar 1929 (Abb. 3).

Der Optimismus der 1920er Jahre sollte nicht halten. Mit den Gewerkschaften und den der Arbeiterbewegung verbundenen Parteien wurden 1933 auch die Naturfreunde verboten – selbst die Schlafdecken ihrer erst am 9.12.1932 eröffneten Skiunterkunft in Englmar wurden enteignet. Nicht nur in Parteien oder Gewerkschaften engagierte Naturfreunde-Mitglieder wie Karl Esser (später Verleger der neu gegründeten Mittelbayerischen Zeitung), Michael Burgau, Max Schinabeck, Alfons Bayerer und sein Schwiegersohn Hans Weber wurden teils schon bei der ersten Verhaftungswelle 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Auch der erst 1932 gewählte neue Naturfreunde-Vorsitzende Fritz Heinrichmeyer – selbst nicht Mitglied einer Partei – wurde als „marxistischer Funktionär“ (und später auch weil mit einer Jüdin verheiratet) von den Nazis mehrfach verhaftet. Im öffentlichen Dienst tätige Naturfreunde, u.a. bei der Bahn, wurden entlassen.

Das Wieder Gründungsprotokoll der Regensburger Ortsgruppe 1946 erinnert an die vielen Opfer, die der Faschismus auch den örtlichen Naturfreunden



abverlangt hat – und zeugt vom Optimismus des demokratischen Neuaufbaus. Am 27.4.1946 kam die alliierte Genehmigung zur Wiedergründung. Zwar trat nun die frühere Einheit des nicht wiedergegründeten Arbeiter-Sport- und -Bildungskartells in den Hintergrund, aber personelle und weltanschauliche Verbindungen innerhalb der Arbeiterbewegung blieben stark.

Ab seiner Wiedereröffnung als Gewerkschaftszentrum wurde der Paradiesgarten erneut wichtiger Treffpunkt für Vereinsaktivitäten im Stadtgebiet. Durch den Erwerb des Naturfreundehauses in Schönhofen 1953 und der dauerhaften Pacht der Viechtacher Skihütte am Pröller 1963 verschoben diese sich allerdings nun stärker über das Stadtgebiet hinaus. Eine Vielzahl von Fachabteilungen (Wandern, Klettern, Wintersport, Reisen, Foto, Kultur/Tanz/Musik usw.) mit teils drei und vier Vereinstreffen pro Woche machte es zudem schwierig, alle Termine mit den anderen Nutzern des Paradiesgartens abzusprechen.



Parallel trat andererseits auch dessen Rolle als Treffpunkt von Vereinen gegenüber der als Tagungszentrum in den Hintergrund. Neben größeren Veranstaltungen der Naturfreunde, darunter die Jahreshauptversammlungen 1970 und 1982, diente er dennoch weiterhin auch als Forum für Stammtische und kleinere Treffen. Gerade die von Hans Weber nach seinem Ausscheiden als Bürgermeister gegründeten Naturfreunde-Senioren blieben dem Paradiesgarten die Jahre hindurch verbunden.

Er war und ist damit ein herausragender Ort, an dem sich die in so vieler Hinsicht gemeinsame Geschichte von Gewerkschaften und Naturfreunden manifestiert. Sein Hundertjähriges als Gewerkschaftshaus ist ein gewiss schöner Anlass, diese alten und gewachsenen Verbindungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, sondern sie vielleicht sogar wieder deutlicher in den Mittelpunkt zu stellen.

Darum wünschen die Regensburger NaturFreunde dem Paradiesgarten alles, alles Gute zum Jubiläum, danken für die lange gewährte Gastfreundschaft und freuen sich auf eine hoffentlich erfolgreiche gemeinsame Zukunft.

Mit einem solidarischen „Berg frei!“

Dr. Dieter Groß
Stellvertretender Bezirksvorsitzender Naturfreunde Regensburg

Grußwort der Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Die Geschichte des AWO Bezirksverbands Niederbayern/Oberpfalz ist untrennbar mit der des Regensburger Volkshauses verbunden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war es genau dieser Ort, an dem unsere Gründerin Friedl Schlichtinger zusammen mit anderen Genoss*innen die SPD wiederbelebte und die ersten übergreifenden Wohlfahrtsinitiativen ins Leben rief. Schriftverkehr aus jener Zeit belegt eindrucksvoll, wie sie in Rekordzeit soziale Strukturen aufbaute, um uneigennützig Kriegsoffern und Geflüchteten zu helfen. Ihre Netzwerke belegen eindrucksvoll, wie eng Sozialpolitik und Wohlfahrtsarbeit miteinander verknüpft sind. Sie verband politische Verantwortung mit praktischer Fürsorge und schuf eine Struktur, die Menschen in Not beistand.

Trotz der widrigen Umstände in einem zerstörten Land verlor Friedl Schlichtinger nie die Hoffnung. Sie packte an, um die Not der Menschen zu lindern. Ihr Leben bis zu ihrem Tod im Jahr 1965 war geprägt von ihrem unermüdlichen Einsatz für Politik und Wohlfahrt. Neben ihren Ämtern als Stadträtin in Regensburg und als eine der ersten weiblichen Landtagsabgeordneten der SPD in Bayern, blieb sie ihrer Tätigkeit als Wohlfahrtspflegerin treu.

Der AWO Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz entwickelte sich über die Jahre weiter. Die erste Eintragung im Vereinsregister erfolgte am 1. November 1954 – die Adresse des Briefkopfs war damals noch die Richard-Wagner-Straße, unter einem Dach mit den Regensburger

Sozialdemokrat*innen und dem Gewerkschaftsbund. Das Volkshaus war somit auch in der frühen Phase des Wohlfahrtsverbands ein zentraler Ort des Austauschs und der Zusammenarbeit.

Seither sind 80 Jahre vergangen, seit die ersten Care-Pakete und Armenspeisungen für die Opfer des Zweiten Weltkriegs verteilt wurden. Im Jahr 1957 zog der AWO Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz aus Platzgründen in die Brennesstraße in Regensburg um, doch die Verbindung zum Volkshaus blieb stets lebendig. Auch heute noch sind wir im Gewerkschaftshaus gern Gast und Gastgeber.

Das Volkshaus war und ist ein Ort der Solidarität, des Widerstands und des Dialogs. Letztlich sind es jedoch die Menschen im Volkshaus, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz nicht nur Geschichte schrieben, sondern auch die Zukunft gestalten. Ich bin sicher, dass unser gemeinsamer Weg weiterhin von der Verantwortung für das Wohl der Menschen und dem Leben unserer Werte geprägt sein wird.

Unsere Geschichte wird uns immer verbinden: 100 Jahre Volkshaus – 80 Jahre AWO Bezirksverband.

Glück auf

Bernhard Feuerecker
Bezirksvorsitzender AWO
Niederbayern / Oberpfalz

100 Jahre Regensburger Volkshaus Paradiesgarten | Gewerkschaftshaus 1926–2026

Ein runder Geburtstag eines heute in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlichen Gebäudes

Dass ein Gewerkschaftshaus im örtlichen Sprachgebrauch auch als „Paradiesgarten“ bezeichnet wird, dürfte ziemlich einmalig sein! Ursächlich hierfür ist, dass sich bis vor wenigen Jahren im Erdgeschoss des Regensburger Gewerkschaftshauses in der Richard-Wagner-Straße eine Gaststätte mit diesem Namen befunden hat. Und diese namensgebende Gaststätte war erheblich älter als der heutige aus den Jahren 1909/11 stammende Gebäudekomplex. Dazu Näheres im weiteren Text. Zum 1. Mai 1926 wurde das Gebäude feierlich als „Volkshaus“ eröffnet – vor nunmehr genau 100 Jahren. Und dieses Jubiläum hat gleichfalls ziemlich einmalige Aspekte: Zumindest in Bayern ist das Regensburger Gewerkschaftshaus das einzige „alte“ Gewerkschaftshaus über das der DGB bis heute verfügt. Zudem hat das Haus, das zusammen mit dem direkt angrenzenden „Antonie-Pföhl-Haus“ der SPD einen Gebäudekomplex bildet, bis heute die alte Nutzungsstruktur des beide Gebäudeteile umfassenden „Volkshauses“ als Gewerkschafts- und Parteihaus unter einem Dach beibehalten – auch dies dürfte in heutigen Tagen ebenfalls recht selten geworden sein.

Das »Volkshaus« – Ideal und Entwicklungsgeschichte

„Volkshäuser“ stehen als Sinnbild für die Antworten auf die sogenannte „soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts und dem tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft durch die Entwicklung der modernen Industrie und der damit verbundenen Entstehung der abhängigen Arbeitermassen.

„Volkshäuser“ sind entsprechend keine deutsche Errungenschaft, sondern finden sich weltweit, wo sie u.a. als „Casa del Popolo“, „Maison du Peuple“, „Narodny Dom“ oder „Folkets Hus“ bezeichnet werden.

„Volkshäuser“ waren auch keine nur auf die „linke“ Arbeiterbewegung begrenzte Erscheinung. Eigentlich sprach die Linke eher von „Klassen“, als von „Volk“, um die „breite Masse“ der Lohnabhängigen zu bezeichnen. Sozialdemokraten, Linksliberale, Kathedersozialisten, auch Anarchisten, sowie christlich-nationalkonservative, sogar völkische Kreise entwickelten eigene Volkshausideen. Deren Konzepte, Ideale, Utopien und Ideologien beeinflussten sich gegenseitig. Die einen wollten mit Arbeiterheimen einen ganz konkreten Beitrag

zur Reform der Gesellschaft leisten, andere strebten nach totaler Erneuerung, wie etwa der Dessauer Sozialdemokrat Heinrich Pëus, der 1912 die Volkshäuser in der Zukunft sah als „[...] *das schönste Haus der Stadt* [...] *Es muss schöner sein als die Kirchen der Vergangenheit.* [...] *In seinem Inneren sei es so prachtvoll, wie seine hohe Bestimmung es verlangt. Seine Säle seien ein Muster von Solidarität und Eleganz!* [...] *Das Volkshaus soll auf jeden Schritt und Tritt die Seele seiner Besucher den Idealen zuwenden, die das menschliche Gemeinschaftsleben adeln*“; (zitiert nach Hoffsten S. 158).

Um die Jahrhundertwende zeichneten sich im Wilhelminischen Deutschland innerhalb der vielgestaltigen Erscheinungsformen des Volkshauses zwei Hauptrichtungen ab: Das Volkshaus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und das Volkshaus der bürgerlichen Sozialreform. Zu letzteren zu zählen sind auch entsprechende Bewegungen in den beiden großen christlichen Kirchen, Adolph Kolping und seine Gesellenheime auf katholischer, Hinrich Wichern und Clemens Theodor Perthes mit ähnlichen Einrichtungen im Rahmen der karitativen „Inneren

Mission“ auf evangelischer Seite. Auch etliche Unternehmer wurden mit sozialen und kulturellen Stiftungen von Gemeinschaftseinrichtungen für ihre Arbeiter*innen aktiv, sei es aus innerer Überzeugung oder aus betriebstaktischen Überlegungen, oder schlicht, um sich selbst ein Denkmal zu setzen.

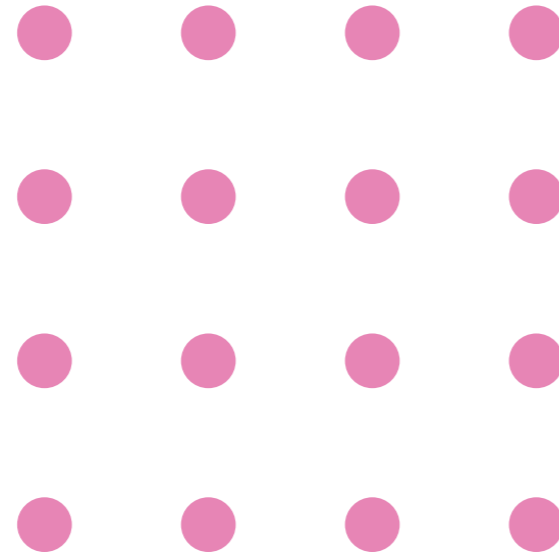
Die ersten Volks- und Gewerkschaftshäuser auf sozialdemokratischer Grundlage wurden noch vor der Jahrhundertwende eingerichtet, zunächst in gemieteten oder angekauften Gebäuden. Bald entstanden auch die ersten eigens für diesen Verwendungszweck entworfene Neubauten. Bis 1914 verfügte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in den wichtigsten Großstädten über selbstverwaltete Versammlungs- und Organisationszentralen. Den Höhepunkt erreichte die Ausbreitung der Volkshäuser in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre – das 1926 entstandene „Volkshaus Regensburg“ lag also „voll im Trend“. Die Entwicklung der Volkshäuser endet abrupt mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung 1933 durch das sich etablierende nationalsozialistische Regime.

„Volkshäuser“ sollten bei der Sozialdemokratie nicht nur Abbilder einer künftigen Gesellschaft im Kleinen sein, sondern waren zunächst auch schlicht und einfach zur Lösung von zwei Dauerproblemen der Arbeiterbewegung nötig: Neben dem Mangel an preiswerten und sauberen Herbergen für Wander-Gesellen und –Arbeiter, fehlten insbesondere Versammlungsräume. Nach dem Auslaufen des zwölf Jahre währenden Bismarckschen Sozialistenverbotes 1890 wurde die „Lokalfrage“ akut. Bisher hatte man sich im Geheimen in kleinen Kreisen in Privatwohnungen oder Hinterzimmern von Wirtshäusern zusammengefunden. Auch danach verstand es der Obrigkeitsstaat sehr gut, Gastwirte einzuschüchtern, sollten sie den Sozis und den linken Gewerkschaften Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Sogar Versammlungen im Freien konnten vorbeugend zum „Schutz von Ruhe und Ordnung“ verboten werden. Es entstanden daraufhin mancherorts z.B. genossenschaftlich geführte Kneipen, in denen nur Genossenschaftsmitglieder Zutritt hatten. Amtlich gemäßregelte Sozialdemokraten und Gewerkschafter betätigten sich oft selbst als Kneipiers. Sogar der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) betrieb zwischen 1894 und 1900 in der Bremer Neustadt eine „Restauration und Bierhalle“, die den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsgliederungen offenstand.

Auch nach der Jahrhundertwende verfügten weder Gewerkschaften noch die Sozialdemokratische Partei in der Fläche des Landes über Geschäftsstellen, geschweige denn hauptamtliches Personal. Der Küchentisch in den kleinen Wohnungen war der nebenberufliche Arbeitsplatz der Funktionsträger. Üblicherweise wurden in den Gaststuben oder Nebenräumen der Partei-/Gewerkschaftslokale zu bestimmten Zeiten Versammlungen und Sprechstunden abgehalten, wobei auch Beitragseinzahlungen und Unterstützungsleistungen

erfolgten. Für die Aufbewahrung der Mitgliederlisten und Kassenbücher standen dort Schränke, Truhen oder Kisten zur Verfügung. Mancherorts verliehen die Gaststätteninhaber ihrer Gesinnung durch Symbole Ausdruck, wie etwa rote Gardinen, oder offen durch den Aushang von Portraits von Bebel oder Liebknecht.

Heute können fast 340 „Volkshäuser“ nachgewiesen werden, die zwischen 1890 und 1933 auf dem damaligen Gebiet des Deutschen Reiches existierten. Geografisch häufen sich solche in den alten Zentren der Arbeiterbewegung an der Ruhr, in Mitteldeutschland, in den Küstenstädten und im Rhein-Main-Gebiet. In Bayern sind es außerordentlich wenige, fast nur in den Räumen München und Nürnberg. Das „Volkshaus Regensburg“ ist das einzige auf weiter Flur im ganzen östlichen Bayern.



Die frühe sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in der Oberpfalz und in Regensburg

Bereits für die „Altvorderen“ der Sozialdemokratie, August Bebel (1840-1913) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900), in etwas anderer Ausprägung auch für Ferdinand Lassalle (1825-1864), war es eine Selbstverständlichkeit, dass in der Arbeiterbewegung gewerkschaftliches Engagement und parteipolitisches Wirken zusammengehören. Auch in der Oberpfalz waren es die sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche die sozialdemokratische Parteibildung in Gang brachten (und nicht umgekehrt). Von Anfang an waren die Freien Gewerkschaften in Regensburg und der Sozialdemokratische Arbeiterverein Regensburg sowie dessen Nachfolgestrukturen durch Doppel-Mandatschaften führender Funktionäre personell eng miteinander verbunden. Diese Zweigleisigkeit auch vor Ort wird sich erst in den 1950er und 1960er Jahren abschwächen, seit der DGB und die SPD teils getrennte Wege gehen.

Begeben wir uns zunächst auf eine kurze Zeitreise in die Anfangszeit der Arbeiterbewegung: Deutschland war um 1860 zergliedert in viele Königreiche, größere und kleinere Fürstentümer und Grafschaften. Nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848 herrschten die Landesherren mit absoluter Macht. Eine politische Organisation der Arbeiterschaft war verboten. Insbesondere war Frauen und Jugendlichen jegliche politische Betätigung untersagt. Die Lebenserwartung lag in der Arbeiterschaft bei 45 Jahren. Die ohnehin kaum vorhandene Kindheit endete mit 11 Jahren. Spätestens dann begann die harte Arbeit als Tagelöhner, Dienstmädchen oder in der Fabrik. Ein Fabrikalltag mit 14 bis 16 Stunden von Montag bis Samstag. Und am Sonntag wurde in den Familien oftmals durch Heimarbeit das karge Einkommen aufge bessert.

Die meisten Familien hatten nur einen Raum zur Verfügung, oft feuchte, kaum heizbare Wohnlöcher. Wurde der „Ernährer“ krank, war das große Problem, wie die Familie über die Runden zu bringen war. An einen Arztbesuch war nicht zu denken, eine Krankenversicherung gab es nicht. Einer Katastrophe kam es gleich, wenn man einen Arbeitsunfall hatte und arbeitsunfähig wurde. Es gab keinerlei Absicherung für solche tragischen Fälle. Die Familie war dann auf Almosen angewiesen.

Wenn es dem Unternehmer oder dem Großgrundbesitzer gefiel, konnte der Arbeiter von einem auf den anderen Tag entlassen werden. Kündigungsschutz war ein Fremdwort. Schulbildung war, wenn man Glück hatte, das Erlernen von Grundrechenarten und ein bisschen Lesen und Schreiben. An eine höhere Bildung oder gar an ein Studium war für Arbeiterkinder nicht zu denken. Der Gesundheitszustand gerade bei Kindern und Jugendlichen war so katastrophal, dass sich das Militär nach der Reichsgründung 1871 bei Bismarck beschwerte, dass die männlichen Jugendlichen aus der Arbeiterschaft nicht brauchbar seien, weil ihre körperliche Verfassung zu schlecht sei. Diese Intervention des Militärs war es und nicht die Mitmenschlichkeit, die zu einer Erhöhung des Eintrittsalters für Fabrikarbeit auf – immerhin – 13 Jahre führte.

Die Oberpfalz war im späten 19. Jahrhundert keine Industrieregion. Klassische Schwerindustrie, Bergwerke und Hütten, gab es nur an einigen „Hotspots“, in Sulzbach oder in Maxhütte. Glasbläser und Glasschleifer fanden sich eher im Norden der Region, dort ebenso Porzellanarbeiter; im Süden, bis hin nach Regensburg stärker vertreten waren „Steine und Erden“, Arbeiter in Stein- und

Kalkbrüchen, Braunkohle- und Tongruben sowie in Ziegeleien. In Regensburg selbst gab es überdurchschnittlich viele Drucker. Ein großer Arbeitgeber hier war auch die Eisenbahn mit ihren Betriebswerken.

1847 betrug die Anzahl der in Fabriken beschäftigten Arbeiter in der Oberpfalz 10.251 und damit nur etwas mehr als ein Drittel der 28.335 im selben Jahr im Oberpfälzer Handwerk Beschäftigten. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland war seit den späten 1860er Jahren gespalten in drei politische Richtungen, einer christliche-konservativen, einer liberalen (sogenannten „Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine“) und der sozialdemokratischen. Zu letzterer bekannte sich der bereits 1868 gegründete Regensburger Ortsverein des Deutschen Buchdruckerverbandes. Die sozialdemokratischen (freien) Gewerkschaften in Regensburg zählten im Sommer 1872 etwa 550 Mitglieder, darunter 113 Tischler, 85 Schneider, 80 Maurer und 36 Schuster. Am 3. April 1892 tagte in Regensburg eine erste allgemeine Gewerkschaftsversammlung um die Beschlüsse des Halberstädter Gewerkschaftskongresses (Zentralisierung der Bewegung, Gründung von Zahlstellen und Aufbau eines Vertrauensmännersystems) zu billigen.

Obwohl Regensburg kein industrielles Zentrum war, arbeiteten hier mit Abstand die meisten Mitglieder der Freien Gewerkschaften: 1900 gab es in der ganzen Oberpfalz 986 Mitglieder, von denen 736 dem 1899 gegründete Kartellbezirk Regensburg angehörten. 1901 waren es 1.093 von 1.463 in der Oberpfalz, 1906 dann 1.616 von 2.512 – die übrige Oberpfalz hatte also aufgeholt. Im Jahr 1907 betrug die Mitgliederzahl des Kartellbezirks Regensburg 3.878 Männer und 145 Frauen. Nach wie vor war es auch um die Jahrhundertwende für viele Arbeiter in Regensburg nicht einfach, sich zu den freien Gewerkschaften zu bekennen.

Die Gegnerschaft zu den christlichen Gewerkschaftsstrukturen war um die Jahrhundertwende sehr ausgeprägt – wobei gerade dieser Gegner sich keineswegs als nur frömelnd und bigott zeigte. Große Handlangerdienste in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideen leistete der Regensburger St.-Josef-Arbeiterunterstützungsverein, als er von 1895 bis 1897 ein reichsweit Aufsehen erregendes Muster-Ausschlussverfahren gegen zwei dem Verein angehörende (in einem Fall bereits seit über eineinhalb Jahrzehnten) unbescholtene Sozialdemokraten auch vor Gericht „erfolgreich“ durchexerzierte. Solch ein Ausschluss bedeutete auch den Verlust der durch jahrelange Mitgliedschaft erworbenen Rechte auf Unterstützungsleistungen.

Sogar der Reichstag beschäftigte sich 1905 mit einem weiteren Fall aus Regensburg: Im Mai entließ die ordinaratseigene Brauerei Bischofshof in Regensburg acht Mälzer, die Mitglieder nichtchristlicher Organisationen waren. Arbeitsplatzverlust, weil Mitglied der freien Gewerkschaften – die katholische Seite zeigte sich hier gnadenlos. In der Oberpfalz etablierten sich die christlichen Gewerkschaften, in Ergänzung zu den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen, erst um die Jahrhundertwende, dank großer publizistischer Unterstützung durch einen neuen Redakteur des „Regensburger Morgenblattes“, Dr. Heinrich Held (bald darauf auch MdL und späterhin langjähriger bayerischer Ministerpräsident der BVP). Erst 1904 entstand das christliche Gewerkschaftskartell Regensburg.

Regensburgs erste »Gewerkschaftshäuser«: »Zum Blauen Hecht« und »Glockengasse 7«

Auch in Regensburg hatten sozialdemokratische Gewerkschafter und Parteimitglieder für Jahrzehnte große Probleme Räumlichkeiten für Zusammenkünfte und Veranstaltungen zu finden. Als beispielsweise am 17. Oktober 1869 von 25 Männern (Frauen war damals jegliche politische Betätigung, sogar die Teilnahme an Versammlungen strikt verboten) der "Sozialdemokratische Arbeiterverein Regensburg" gegründet wurde – der erste in

der Oberpfalz – mussten diese ausweichen ins damalige Gasthaus „Zum Goldenen Lamm“ in der Westendstrasse 1 (abgebrochen 1973). Obwohl dieses Wirtshaus sich noch auf dem Gebiet der ehemaligen Reichsstadt befand, so lag es doch draußen vor den alten Mauern und Toren in der einstigen Handwerkervorstadt Prebrunn – ein Ort durchaus mit Symbolkraft.



Keine Räume für die Linken – nur im Gasthaus »Zum Goldenen Lamm«

In Regensburg hatten sozialdemokratische Gewerkschafter und Parteimitglieder im 19. Jahrhundert große Probleme Räumlichkeiten für Zusammenkünfte und Veranstaltungen zu finden. Als am 17. Oktober 1869 von 25 Männern (Frauen war damals jegliche politische Betätigung strikt verboten) der "Sozialdemokratische Arbeiterverein Regensburg" gegründet wurde – der erste in der Oberpfalz – mussten diese ausweichen ins damalige Gasthaus „Zum Goldenen Lamm“ in der Westendstrasse 1 (abgebrochen 1973). Obwohl sich dieses Wirtshaus noch auf dem Gebiet der ehemaligen Reichsstadt befand, so lag es doch draußen vor den alten Mauern und Toren in der einstigen Handwerkervorstadt Prebrunn – ein Ort mit Symbolgehalt. Die Sozialdemokratie wird diesem Lokal treu bleiben: Noch 1925 fanden dort Veranstaltungen der Sektion West der SPD-Regensburg statt.

Auch nach dem Auslaufen des zwölf Jahre währenden „Sozialistengesetzes“ unter Reichskanzler Bismarck zum Oktober 1890 änderte sich diesbezüglich nur wenig; auch hierzu zwei Beispiele: Am 23. September 1891 sollte einer der Granden der sozialdemokratischen Bewegung, Wilhelm Liebknecht, in Regensburg auf einer öffentlichen Veranstaltung sprechen. Weder in Regensburg noch in der (bis 1924 selbstständigen) Kreisstadt Stadtamhof fand sich ein Wirt, der hierfür einen Saal vermieten wollte. Man musste in den Vorort Reinhausen jenseits noch des Regens auszuweichen. Der „Schrödl-Wirt“ dort (Reinhausen 12, heute ein Wohnhaus) war bereit, mit den „Roten“ ein Geschäft zu machen. Die Obrigkeit versucht auch das zu verhindern und ließ einen Tag vor

der Versammlung den Saal auf Baufähigkeit hin sachverständig untersuchen. Die Baukommission fand jedoch keine Mängel und die Veranstaltung konnte stattfinden. Liebknecht und Frau Natalie blieben einige Tage in Regensburg und besuchten auch die Walhalla; noch Jahre später waren sie von diesem Besuch und dem Tag in Donaustauf sehr angetan, wie sie in Briefen nach Regensburg kundtaten.

Im Folgejahr 1892, am 26. Juni, stand der „Schrödl-Saal“ neuerlich im Mittelpunkt sozialdemokratischen Geschehens: Die bayerische SPD, die bis dahin wegen des damaligen, sie massiv benachteiligenden Wahlrechts die Teilnahme an Landtagswahlen abgelehnt hatte, beschloss, 1893 erstmals landesweit

anzutreten. Hierzu war 1892 ein (noch inoffizieller) Landesparteitag erforderlich. Die große Mehrheit der Delegierten kam aus den beiden Zentren der Sozialdemokratie, aus München und aus Nürnberg. Damit diese etwa gleich weit zu reisen hatten, fiel die Wahl des Tagungsortes auf Regensburg. Neuerlich war weder in Regensburg noch in Stadtamhof ein Saal zu bekommen. Und abermals wurde der „Schrödl-Saal“ in Reinhausen zum Tagungsort (weswegen dort seit 1992 eine Gedenktafel an diesen ersten Landesparteitag der SPD-Bayern angebracht ist).

In der Stadt Regensburg war es der Wirt Xaver Geislinger vom „Gasthaus zum Blauen Hecht“ (Keplerstraße 7 mit benachbartem Wohnturm, direkt neben dem heutigen

„document Kepler-Museum“), der sich ganz offen zur Bewegung der Freien Gewerkschaften bekannte und seine Gaststätte nicht nur auf einer um die Jahrhundertwende gedruckten Werbe-Fotopostkarte als „Gewerkschaftshaus“ bezeichnete, sondern auch die Hausfassade in großen Lettern so beschriftet ließ. Unter seinem Vorgänger als Wirt war die Entwicklung etwas anders verlaufen: Einerseits hatte auch dieser sehr früh den freien Gewerkschaftern regelmäßig Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Aus den amtlichen Quellen ist überliefert, dass im „Blauen Hecht“ bereits ein Jahr vor dem Auslaufen der Bismarckschen Sozialistengesetze, 1889, wieder Zusammenkünfte von Gewerkschaftern stattfanden. Im September 1891 wird dort eine Versammlung von Regensburger Metallarbeitern ihren Anschluss an den „Deutschen Metallarbeiter-Verband“ erklären.

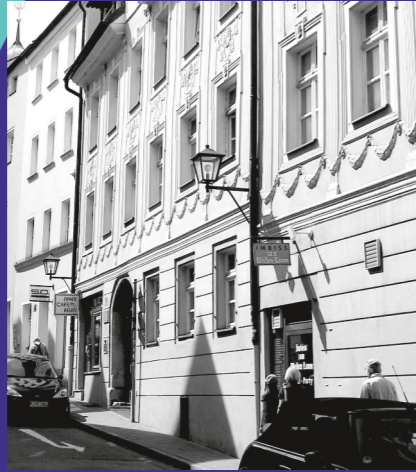
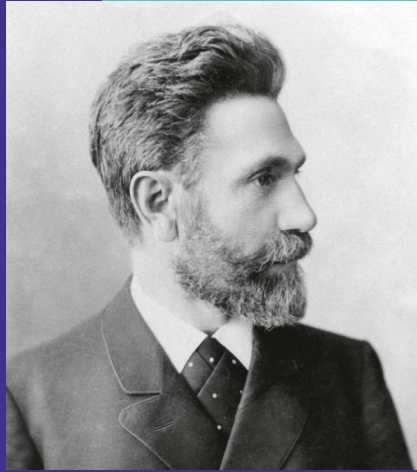
Bereits im Mai 1888 hatten im „Blauen Hecht“ die fünf Sozialdemokraten Böhler, ein Buchbinder, und die Schreiner Herrmann, Scharff, Brandl und Grundinger die Gründung eines „Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen für den Reichstagswahlkreis Regensburg“; (der Name durfte den Begriff „sozialdemokratisch“ nicht enthalten) vorbereitet. Der Verein wurde am 30. April 1889 von Amtswegen genehmigt. Kaum gegründet, brach die konservative Hetze gegen ihn los. Da der Sohn des Wirtes vom „Blauen Hecht“ vom Magistrat abhängig war, habe der damalige Wirt Andreas Spandl nun alles getan, um die unliebsam gewordenen Gäste loszuwerden. Für die Sozis begann eine Wanderschaft durch etliche Lokalitäten. Manchmal konnte man sich nur zusammenfinden, weil die Metallarbeiter oder der Schuhmacherverband, auch der Arbeiter-Gesangsverein (der spätere „Volkschor“) der Partei ihre Lokalitäten zur Verfügung stellten. Letztendlich kehrte man aber wieder zum „Blauen Hecht“ zurück, den zwischenzeitlich der Wirt Xaver Geislinger übernommen hatte.

Der »Schrödl-Saal«, Reinhausen 12, Ort bedeutender Veranstaltungen 1891/1892

Auch nach der Nichtverlängerung des Bismarckschen „Sozialistengesetzes“ 1890 hatten sozialdemokratische Gewerkschaften und Parteigliederungen große Probleme in Regensburg Räumlichkeiten zu finden, speziell für Großveranstaltungen. Der städtische „Neuhaussaal“ wurde hierfür nicht freigegeben. Und die Obrigkeit verstand es auch sehr gut, Gastwirte einzuschüchtern, sollten sie den Sozis und den linken Gewerkschaften Räume und Säle zur Verfügung stellen. Für zwei Großveranstaltungen 1891 bzw. 1892 war es weder in Regensburg, noch in der (bis 1924 selbstständigen) Kreisstadt Stadtamhof möglich, Säle zu bekommen. Im September 1891 musste zu einen Redeauftritt einer der Granden der SPD, Wilhelm Liebknecht, nach Reinhausen in den

„Schrödl-Saal“ ausgewichen werden, denn nur dessen Wirt war bereit, mit den „Roten“ ein Geschäft zu machen. Und auch im Folgejahr 1892, am 26. Juni, schrieb man im „Schrödl-Saal“ sozialdemokratische Geschichte in Bayern. Erstmals trafen sich dort Delegierte aus ganz Bayern zu einem ersten Landesparteitag (weswegen am ehem. „Gasthaus Schrödl“ seit 1992 eine Gedenktafel angebracht ist). Die Sozialdemokratie wusste diese Unterstützung zu schätzen und hielt dem „Schrödl-Wirt“ über Jahrzehnte die Treue – und auch der Wirt gegenüber der Sozialdemokratie. Wie hier anhand von Mitteilungen und Anzeigen aus der „Volkswacht“ dargestellt, fanden dort auch späterhin regelmäßig Veranstaltungen regionaler Gliederungen statt.





August Bebel – als Drechslergeselle 1858/59 in der Weißen Hahnen-Gasse 2

Von den „Altvorderen“ der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, hat nicht nur, wie berichtet, Wilhelm Liebknecht einen persönlichen Bezug zu Regensburg. Bei August Bebel ist ein solcher sogar noch erheblich ausgeprägter. Auch Bebel sprach auf einer Versammlung in Regensburg, bereits am 12. November 1869. Er befand sich auf einer „Agitationsreise“ durch Süddeutschland, wo er in Coburg, Nürnberg, München, Augsburg und Stuttgart Station machte – und eben auch in Regensburg, einem Ort, den er aus seinen Wanderjahren als Drechslergeselle 1858/59 selbst gut kannte.

August Bebel war 1840 in ärmlichen Verhältnissen in Deutz, heute Köln, geboren worden. Sein Vater starb bereits 1844, die Mutter 1853. Sein Berufswunsch, ein Bergbaustudium, war aus finanziellen Gründen unerfüllbar. Von 1854 bis 1857 lernte er in Wetzlar daher das Drechslerhandwerk. Nach der Lehre trat Bebel 1858 seine übliche Gesellenwanderung an. Sie führte ihn u.a. nach Freiburg im Breisgau, München, Salzburg und – nach Regensburg, wo er Herbst-/Winter-Halbjahr 1858/1859 bei einem Meister in der Weißen Hahnen-Gasse 2 arbeitete. In seinen Lebenserinnerungen „Aus meinem Leben“ berichtet er hierzu unter anderem: „In Regensburg erlebte ich nicht viel Bemerkenswertes“. Auch Bebel besuchte, wie Jahrzehnte später Liebknecht, die Walhalla, wobei er, als getaufter Protestant, später schrieb, dass „zu jener Zeit unter den aufgestellten Büsten der Berühmtheiten diejenige Luthers fehlte“. Nach einem Streit mit dem Meister verließ Bebel zum 1. Februar 1859 Regensburg. Seit schon Längerem hängt heute am Gebäude Weiße-Hahnen-Gasse 2 eine Erinnerungstafel für den „Staatsmann August Bebel“.

Schon in den späten 1890er Jahren taucht öfters ein anderes, gar nicht sehr weit entferntes Wirtshaus in den Quellen auf: Der „Thomaskeller“ im schon damals historischen „Auer-Haus“ am Römling. Dort gründete sich 1899 das Ortskartell des ADGB – unter den Gründern finden sich Namen von Aktiven, die immer wieder sowohl für die Freien Gewerkschaften, wie für die sozialdemokratische Partei in Erscheinung traten: u.a. Johann Baptist Hagen (Schuhmacher und Regensburger SPD-Vorsitzender der Jahre 1899-1909 und 1910-1912), Robert Wunderlich (Kürschnergehilfe und Redakteur der örtlichen Parteizeitung, 1911 als erster Sozialdemokrat in das "Gremium der Gemeindebevollmächtigten" gewählt und 1914 in den "Stadtmagistrat" gelangt, 1919 MdL) und Michael Burgau (Schneider, seit 1914 ebenfalls Gemeindebevollmächtigter).

Aus der Sicht des bürgerlichen Regensburgs war das Viertel nördlich und nordwestlich des Haidplatzes (bis hin zur Lederergasse), ein "Glasscherbenviertel". Und in der Tat war dies bis zur flächendeckenden Altstadtsanierung in den 1960ern eines der am dichtesten bevölkerten Stadtquartiere Deutschlands! Es überrascht also kaum, dass in diesem Viertel in den frühen 1920er Jahren auch viele Einzelgewerkschaften ihre Anlaufpunkte hatten – von Geschäftsstellen kann man da eigentlich noch nicht sprechen. Es waren kleine Büros mit begrenzten Öffnungszeiten. So befanden sich 1925 das wichtige Bezirksarbeitersekretariat und der Ortsausschuss des ADGB in der Glockengasse 7 im 1. Stock. Im gleichen Gebäude waren auch der „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“ und der „Deutsche Verkehrsbund“ (vormals Transportarbeiterverband) anzutreffen – die Glockengasse 7 war also zeitweise, wenn man es so sehen will, ein erstes kleines Gewerkschaftshaus.

Der „Deutsche Baugewerksbund (Baugewerkschaft)“ unterhielt 1925 eine Anlaufstelle in der nahen Lederergasse 29, der „Deutsche Bekleidungs-Arbeiter-Verband“ verfügte über ein kleines Büro in der Hauptstraße 17 in Stadtamhof, der „Deutsche Eisenbahner-Verband“ am Augustinerplatz, der „Deutsche Holzarbeiterverband“ an der Brunneleite 8. Zu Versammlungen traf man sich damals häufig in nahen Gaststätten wie dem schon erwähnten „Thomaskeller“ am Römling, wo sich im 1. Stock auch eine kleine Bibliothek des Ortsausschusses befand, geöffnet jeden Freitag abends. Die ADGB-Gewerkschaft des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ unterhielt 1925 eine regionale Geschäftsstelle in der Spatzengasse 1 und verblieb dort teils auch nach Eröffnung des Volkshauses.

Die kaum bekannte Spatzengasse, eine Quergasse zur Lederergasse, befindet sich im Altstadtviertel nordwestlich des Arnulfplatzes. Das Gebäude mit der Hausnummer 1, heute ein Wohnhaus, war 1921/22 anstelle der alten Scheune eines ehemaligen Stadtbauernhofes vom SPD-eigenen Zeitungsverlag „Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern GmbH“ mit finanzieller Unterstützung aus Berlin erbaut worden. Dort befanden sich nun Redaktion und eine eigene Druckerei der Zeitung „Volkswacht“, die zuvor im Lohndruck bei Aumüller & Sohn hergestellt worden war. Zum 1. August 1914 sollte vom SPD-Gauvorstand Südbayern ein Untersekretariat für den Regensburger Wahlkreis errichtet werden, was aber durch den Kriegsausbruch verhindert wurde. Erst im Juni 1919 entstand ein Bezirksparteisekretariat mit den Genos amtliche Sekretäre, deren kleines Büro sich auch in der Spatzengasse 1 befand.



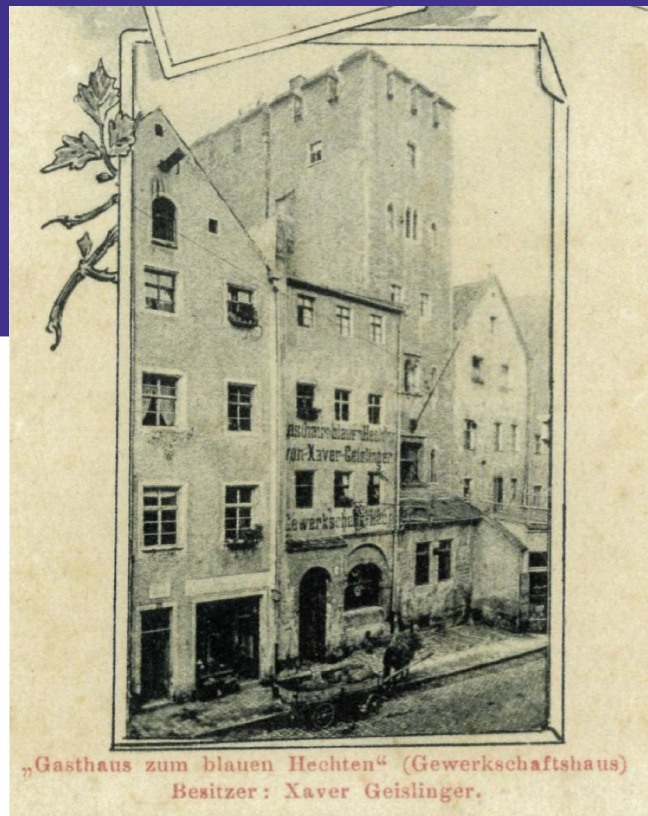
Gasthaus »Thomaskeller« – Gründungsstätte des ADGB-Ortskartells 1899

Zu den ebenfalls ab 1890 häufiger für Zusammenkünfte und Versammlungen genutzten Gasthäusern gehörte der »Thomaskeller« im schon damals historischen Auer-Haus am Römling. Dort gründete sich 1899 das Ortskartell des ADGB. Dieses Wirtshaus war zu jener Zeit bereits mehrstöckig (und entsprechend geräumig) und umfasste auch die namensgebende gotische, seit

langem profanierte »Thomaskapelle« im 1. Obergeschoss. Dort oben befand sich bis zum Umzug ins »Volkshaus« auch eine kleine Bibliothek des ADGB. Noch heute wird die Kapelle als Veranstaltungsraum eines im Erdgeschoss befindlichen Speiselokals genutzt. Die historische Darstellung aus dem Jahr 1890 zeigt die Kapelle als Schankraum mit Gästen und Bedienung.

»Gewerkschaftshaus Blauer Hecht«

Eines der großen Probleme der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war noch im späten 19. Jahrhundert die dauerhafte Nutzungsmöglichkeit von Räumlichkeiten für Zusammenkünfte und Veranstaltungen. Noch hatte die Obrigkeit Mittel genug, um zu verhindern oder zu erschweren, dass Wirte ihre Gaststuben und Säle den »Roten« öffneten. Einer der ersten Gastwirte in Regensburg, der sich ganz offen zur Arbeiterbewegung bekannte, war der Wirt Xaver Geislinger vom bereits damals historischen »Gasthaus zum Blauen Hecht« (Keplerstraße 7 mit benachbartem Wohnturm, direkt neben dem heutigen »document Kepler-Museum«, Keplerstraße 5). Geislinger ließ um die Jahrhundertwende auch eine damals hochmoderne Werbe-Fotopostkarte drucken: Auf dieser bezeichnete er sein Gasthaus nicht nur als »Gewerkschaftshaus«, sondern hatte auch die Hausfassade in großen Lettern so beschriften lassen, wie im Bild zu sehen. Das Wirtshaus besteht schon länger nicht mehr, aber nach wie vor ziert das Gebäude das schmiedeeiserne Gasthausschild mit einem Hecht in Lebensgröße.



»Gasthaus zum blauen Hechten« (Gewerkschaftshaus)
Besitzer: Xaver Geislinger.



»Glockengasse 7« – eine Art frühes Gewerkschaftshaus

Die frühen Anlaufstellen der Mitgliedsgewerkschaften des ADGB in Regensburg befanden sich in den 1920er Jahren zu- meist im, aus bürgerlicher Sicht sogenannten „Glasscher- benviertel“, nordwestlich des Haidplatzes bis hin zur Leder- ergasse. Die hier abgebildete Liste aus der „Volkswacht“ 1925 gibt darüber Auskunft. Der Ortsausschuss des ADGB und das wichtige Bezirksarbeitersekretariat sowie mehrere Ein- zelgewerkschaften unterhielten erste kleine Büros im Ge- bäude „Glockengasse 7“ – wen man es so sehen will, eine Art frühes kleines Gewerkschaftshaus. Zu Versammlungen traf man sich damals häufig in nahen Gaststätten wie dem schon erwähnten „Thomaskeller“ am Römling, wo sich im 1. Stock auch eine kleine Bibliothek des Ortsausschusses befand, ge- öffnet jeden Freitag Abends. Für größere Veranstaltungen nutzte man den „Augustiner“ am Neupfarrplatz oder den städtischen Neuhaussaal.



Adressen der freien Gewerkschaften

Regensburg

Bezirksarbeitersekretariat Regensburg, Glockengasse 7, 1. Stock. Telefon-Ruf 913. — Auskunfterteilung in allen Rechtsfragen unentgeltlich an die freiorganisierten Kollegen und Kolleginnen. Auswärtigen Anträgen ist, wenn Beant- wortung erfolgen soll, Rückporto beizulegen. Die Kommission.

Ortsausschuss Regensburg im A. D. G. B. Bureau: Glockengasse 7, 1. Stock. Tel.: Gewerkschaftssekretariat 913.

Deutscher Bauergewerksbund, Baugewerkschaft Regensburg, Le- derergasse 29. Telefon 1305.

Deutscher Bekleidungs-Arbeiter-Verband Regensburg. Vorfigen- der: Heinrich Schaller, Stadthof, Hauptstraße 17.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Augustinerplatz. Telefon 1518.

Deutscher Holzarbeiterverband, Bureau: Brunulleite 8. Tel. 2803. Mitgliederversammlungen jeden 2. Samstag in der Schiller- linde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Regensburg. Bureau: Spitzengasse. Telefon 1086. — Regelmäßige Mit- gliederversammlung jeden 2. Samstag im Monat im Restau- rant „Edelweiß“.

Deutscher Verkehrsband, Ortsverwaltung Regensburg. Ver- bandsbureau: Glockengasse 7. — Die Versammlungen der ein- zelnen Sparten werden jeweils durch Einladungen bekannt gemacht.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Regens- burg, Glockengasse 7, parterre, Telefon 2853.

Ueber alle übrigen Organisationen wird Auskunft erteilt im Arbeitersekretariat Glockengasse 7. Telefon 913.

Das Arbeitsverständnis des Schusters sei im ganzen betrachtet, geringfügig und „subem reichlich ausgemessen durch die vielen Ueberstunden, die Schuster, ohne hierfür entschädigt zu werden, nach der Bekämpfung der Zeugen Tsaler, Krotz und Lautenschlager geleistet hat.“

Die Streitsparteien — so heißt es an anderer Stelle des Ur- teils — haben sich nicht in normalen Rechtsbeziehungen, sondern in einem Kampferhältnisse befunden, welche die Pflichten gegenseitiger Rücksicht natürlich mindert, wenn auch nicht ganz aufhebt. Scharfe Worte werden daher nicht so leicht Ehr- verletzungen sein wie sonst. ... Man muß dem Schuster zugute rechnen, daß er über die ungerechtfertigte Entlassung, die ihn werden muß, und brütlos machte, begreiflich zu werden während des ganzen Verfalls in großer Aufregung be- fand und noch gereizt wurde durch die Beleidigung des be- klagten Schöner, der ihn im „ruhigen Tone“, also bewußt und mit Ueberlegung einen unverschämten Menschen nannte.

ADGB, Ortsausschuss Regensburg, Mittwoch, den 7. April, abends 8 Uhr, im Bureau (Glockengasse 7, 1. Stock); Aus- schußsitzung, Donnerstag, den 8. April, abends 8 Uhr, im Thomaskeller; Generalversammlung. — Vom Samstag, den 10. April ab befindet sich das Bureau des Bezirksarbeiter- sekretariats Ostendstraße 2, 3. Stock, Tel. 913. Das Bu-reau des Verkehrsbandes (Transportarbeiter) und der Volksfürsorge vom gleichen Datum ab ebenfalls Ostend- straße 2, 3. Stock.

Esperanto-Spende für Meer des Randsjunks Leipzig und Dresden. Für die Teilnehmer am Esperantokursus des mittell- deutschen Senders wurde noch neunmündigen Liebungen ein Wettbewerb veranstaltet, an dem sich 200 Hörer beteiligten. Die Esperanto-Abteilung des Verlages Sirtz & Sohn in Leipzig hatte dazu 80 R. in Büchern, darunter zwei Esperanto-Original- romane gestiftet, die an 18 Bewerber verteilt wurden. Die Espe- rantogruppe Regensburg beginnt am 13. April, 1928 einen Les- kurs. Es bietet sich für Interessenten Gelegenheit, Esperanto zu erlernen. Anmeldungen nehmen entgegen Johann Winger, Stadthof, Hauptstraße 16, 2. Stock; Hilfling Rrug, Rumpfmühlstraße 66, parterre.

Die Reichsgesundheitswoche in Regensburg wird vom 24. bis 30. April stattfinden. Sie ist bestimmt, die Bevölkerung öffent- lich und unentgeltlich gesundheitlich zu belehren und ihr Inter- esse für Gesundheitspflege und Gesundheitsfürsorge zu wecken. Das Programm wird später bekanntgegeben. Ein Auftakt für die Regensburger Gesundheitswoche war bereits der am 17.

Weitere Adressen freier Gewerkschaften vor der Volkshaus-Eröffnung

- Lederergasse 29: „Deutsche Bauergewerksbund-Baugewerkschaft“
- Brunulleite 8: „Deutscher Holzarbeiterverband“
- Hauptstraße 17 in Stadthof: „Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband“
- Der „Deutsche Fabrikarbeiter Verband“ unterhielt auch nach der Eröffnung des Volkshauses eine Kreisgeschäftsstelle in der nahegelegenen Reichstraße 8

Spatzengasse 1: Seit 1922 »Volkswacht«-Druckerei, Büro des Metallarbeiterverbandes und SPD-Bezirkssekretariat

Die Spatzengasse, auch heute kaum bekannt in Regensburg, ist eine kurze Quergasse zur Lederergasse. Das Gebäude mit der Hausnummer 1, heute ein Wohnhaus, war 1921/22 anstelle der Scheune eines ehemaligen Stadtbauernhofes vom SPD-eigenen Zeitungsverlag „Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern GmbH“ mit finanzieller Unterstützung aus Berlin erbaut worden. Dort befanden sich nun Redaktion und eine eigene Druckerei der Zeitung „Volkswacht“, die zuvor im Lohndruck bei Aumüller & Sohn hergestellt worden war. Im Haus gab es auch einige kleine Büros, die der Deutschen Metallarbeiterverband und das SPD-Bezirkssekretariat nutzten. Am 9. März 1933 wurde das Gebäude von der Landespolizei durchsucht, beschlagnahmt (genauso wie die Zeitungsgeschäftsstelle nebst Volksbuchhandlung am Neupfarrplatz 2/Ecke Wahlenstraße) und anschließend der SA übergeben. Nach eigenem Bekunden der NS-Presse verbrannte die SA öffentlich auf dem Vorplatz als Erstes einen vorgefundenen „roten Fetzen“ (und wohl auch Druckwerke). – eine erste „Bücherverbrennung“ in Regensburg. Bereits Anfang Juni 1933 (also noch vor dem SPD-Verbot) wurden die Räumlichkeiten und Druckmaschinen vom Bayreuther NS-Gauverlag mit großem Pomp und in Anwesenheit von Naziprominenten, darunter der NS-Gauleiter und amtierende bayerische Kultusminister Hans Schemm, übernommen. Für eine Übergangszeit wurde in der Spatzengasse die Nazi-Zeitung „Bayerische Ostwacht“ hergestellt, bevor deren Verlag in die Kumpfmühler Straße umzog. Offiziell wurde das „Volkswacht“-Druckereivermögen erst durch eine staatliche Anordnung im November 1933 zugunsten des Landes Bayern eingezogen.



Regensburg erste »Gewerkschaftshäuser«: »Zum Blauen Hecht« und »Glockengasse 7«

Vom »Paradiesgarten« zum »Volkshaus«

Wer den Namen „Paradiesgarten“ für die Gaststätte im späteren Volkshaus geprägt hat, liegt im Dunkel der Geschichte. Eventuell hatte sich darin eine alte Flurbezeichnung „Paradies“ für eine Freifläche mit Gärten im Südosten vor der Regensburger Stadtbefestigung erhalten. Nachdem die Stadtmauer Anfang des 19. Jahrhunderts ihren militärischen Wert endgültig verloren hatte, entstanden auch dort erste kleinere Gebäude. Für 1862 wird erstmals eine Gaststätte „Paradiesgarten“ eines Herrn Wolfgang Riedl genannt.

Im August 1872 beantragte der „Restaurationsbesitzer“ Riedl die Genehmigung für den Bau eines neuen Restaurationshauses – etwa dort, wo sich heute der nördliche Teil des Parkplatzes des Gewerkschaftshauses befindet. 1884 ließ sich ein „Florian Utz, Cafétérié“ die Umsetzung der Kegelbahn aus der Mitte des Gartens an den Rand des Grundstückes genehmigen. Anlass hierfür war, dass zentral im Garten bald darauf auch eine Konzerthalle entstand, die um 1897 nach Osten hin erheblich erweitert wurde und zudem einen gerundeten Anbau für das Orchester erhielt. Dieser Hallenbau wird – hier sei der Zeitabfolge etwa voraus gegriffen – mehrfach umgebaut, bis 1966 Bestand haben!

Das vermutlich noch sehr einfache Gartenlokal „Paradiesgarten“ hatte sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu einem sehr noblen Restaurant mit „Café-Konzerten“ entwickelt und entsprach damit auch dem Charakter des in seiner Umgebung damals neu entstandenen großbürgerlichen Wohnviertels. 1875 hatte die Stadt beim Minoritenweg die alte Stadtmauer durchbrechen lassen und die Straße als „Reichsstraße“ nach Osten hin verlängert. Amtlich firmierte das Grundstück des „Paradiesgartens“ noch lange als „Gabelsbergerstr. 14“. Noch 1911 wird diese Anschrift

genutzt, jedoch bereits parallel auch eine neue: „Ostendorferstr. 2“. Benannt war diese Straße nun nach dem einst in Regensburg als Schüler Albrecht Altdorfers wirkenden Maler Michael Ostendorfer (um 1490-1559).

In diesem Neubauviertel entstanden neben allerlei Villen speziell seit der Jahrhundertwende auch größere Miethäuser mit mehreren Stockwerken, teils mit Jugendstilfasaden. Mieter der teils sehr großen Wohnungen in diesem bürgerlichen Wohnviertel um die Sedanstraße und in der Landshuter Straße nördlich der Bahnlinie waren auch mittlere und höhere Offiziere der örtlichen Garnison der kgl. bayer. Armee (und bald auch der Reichswehr und späterhin der Wehrmacht).

Und in diese Zeitphase fällt auch der Bau des heutigen Gebäudekomplexes „Richard-Wagner-Str. 2 und 4“. Mit Bescheid vom 8. Juni 1909 erhielt ein Josef Utz die Genehmigung für Um- und Neubauten „im Paradiesgarten“. Eine Baubeginnsanzeige durch das „Baugeschäft Hans Gerner, Regensburg“ erfolgte unter dem Datum des 28. Februar 1910. Im Juni 1911 teilt Hans Gerner dem Stadtmagistrat mit, dass „das östliche Anwesen“ des Paradiesgartens in seinen Besitz übergegangen sei. Eine weitere Baubeginnsanzeige vom 12. Juli 1911 betraf nun diesen Grundstücksteil, der fortan als „Ostendorferstr. 2a“ bezeichnet wurde – hier nun war Gerner nicht nur Baumeister, sondern auch Bauherr.

Für den Neubau dieses mehrstöckigen Doppelhauses mit Wohnungen in den Obergeschossen wurde der Altbau des Restaurants Paradiesgarten und die Kegelbahn samt Nebengebäuden abgerissen. Der Neubau wurde jedoch so aufs Grundstück platziert, dass die bisher freistehende

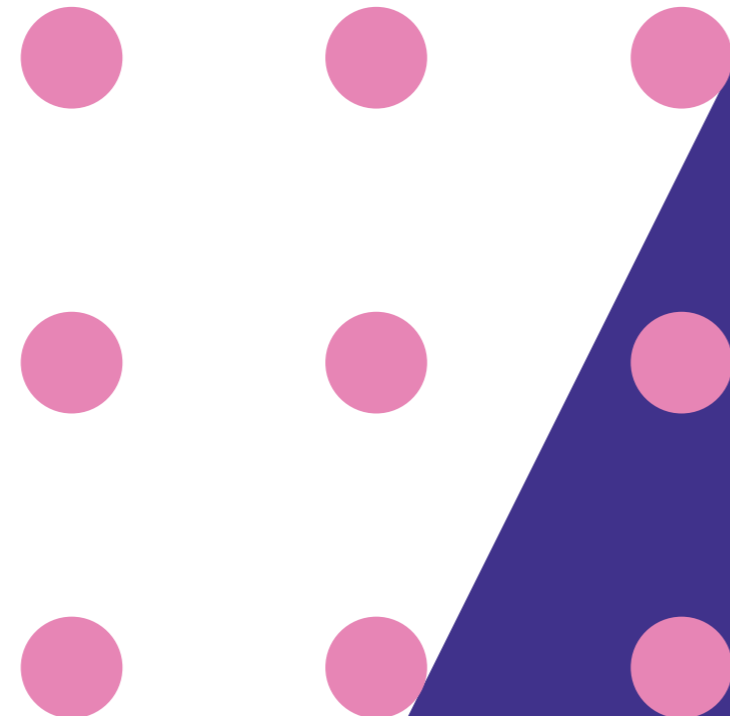
Vom »Paradiesgarten« zum »Volkshaus«

Konzerthalle baulich mit dem neuen Gebäude verbunden werden konnte und damit ein direkter Zugang zur im Erdgeschoss des Hauses geplanten neuen Gaststätte entstand. Die Haushälfte mit der Nr. 2a erhielt einen eigenen Eingang mit Treppenhaus an der Ostseite. Der Hof von Nr. 2a war erreichbar über eine Durchfahrt im Haus Nr. 2 an der Gebäudegrenze.

Dem neuen Lokal Paradiesgarten sollten jedoch nur wenige großbürgerliche Jahre vergönnt sein. Bereits 1921, also noch vor der Hyperinflation, schloss das Lokal seine Pforten. Auch etliche Wohnungen im Gebäude standen leer. Im Saalanbau zog die örtliche Vertriebsstelle der damaligen großen Elektrofirma AEG mit Büros und Werkstatt ein, wofür 1921 im Saal teils Zwischenwände eingezogen wurden. 1925 stand der ganze Gebäudekomplex zum Verkauf.

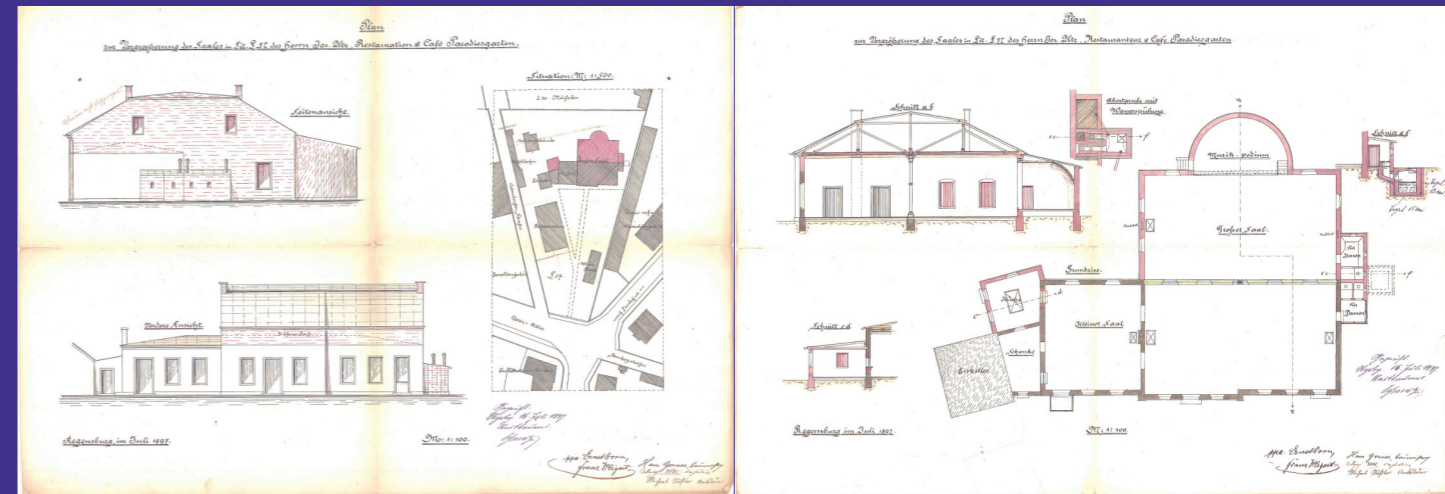
Die Konzerthalle im »Paradiesgarten«

Für 1862 wird erstmals eine Gaststätte „Paradiesgarten“ eines Herrn Wolfgang Riedl genannt. Offenbar ein recht einfaches Gartenlokal. Im August 1872 beantragte dieser „Restaurationsbesitzer“ Riedl die Genehmigung für den Bau eines neuen Restaurationshauses – etwa dort, wo sich heute der nördliche Teil des Parkplatzes des Gewerkschaftshauses befindet. 1884 ließ sich ein „Florian Utz, Cafeteria“ die Umsetzung der Kegelbahn aus der Mitte des Gartens an den Rand des Grundstückes genehmigen. Anlass hierfür war, dass zentral im Garten bald darauf auch eine Konzerthalle entstand. Diese wurde, wie auf den hier abgebildeten Plänen dargestellt, um 1897 nach Osten hin erheblich er-



weitert und erhielt zudem einen gerundeten Anbau für das Orchester. Dieser Saalanbau hatte, mehrfach umgebaut, noch bis 1966 Bestand!

Das Gartenlokal „Paradiesgarten“ entwickelte sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu einem sehr noblen Restaurant mit „Café-Konzerten“ und entsprach damit auch dem Charakter des in seiner Umgebung damals neu entstandenen großbürgerlichen Wohnviertels. Amtlich firmierte das Grundstück des „Paradiesgartens“ noch lange als „Gabelsbergerstr. 14“. Noch 1911 wird diese Anschrift genutzt, jedoch bereits parallel auch eine neue: „Ostendorferstr. 2“.



Und in diese Zeitphase fällt auch der Bau des heutigen Gebäudekomplexes. Mit Bescheid vom 8. Juni 1909 erhielt der Cafeteria Josef Utz die Genehmigung für Um- und Neubauten „im Paradiesgarten“. Im Juni 1911 teilt Hans Gerner, Inhaber eines Baugeschäftes, dem Stadtmagistrat mit, dass „das östliche Anwesen“ des Paradiesgartens in seinen Besitz übergegangen sei, das fortan als „Ostendorferstr. 2a“ bezeichnet wurde. Für den Neubau dieses mehrstöckigen Doppelhauses mit Wohnungen in den Obergeschossen wurde der Altbau des Restaurants Paradiesgarten und die Kegelbahn samt Nebengebäuden abgerissen. Der Neubau wurde jedoch so aufs Grundstück platziert, dass die bisher

freistehende Konzerthalle baulich mit dem neuen Gebäude verbunden werden konnte und damit ein direkter Zugang zur im Erdgeschoss des Hauses geplanten neuen Gaststätte entstand. Im Saalanbau zog bereits 1921 die örtliche Vertriebsstelle der damaligen großen Elektrofirma AEG mit Büros und Werkstatt ein, wofür im Saal teils Zwischenwände eingezogen wurden. 1925 stand der ganze Gebäudekomplex zum Verkauf.

Das großbürgerliche Lokal »Paradiesgarten« 1911–1921

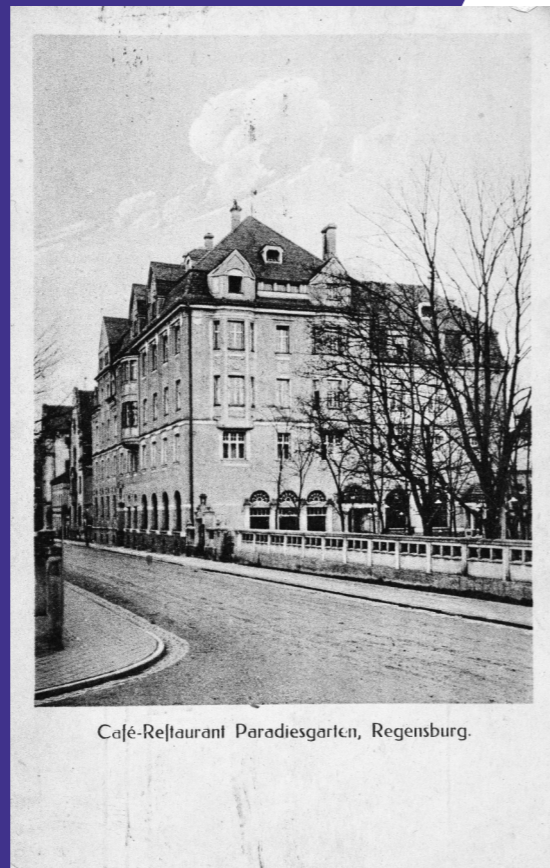
Drei Postkarten zeigen die frühe Zeit des großbürgerlichen Lokals „Paradiesgarten“ in den Jahren ab 1911. Die Terrassen-Szenerie lässt noch einen Hauch der damaligen Atmosphäre erahnen. Der Saal-Anbau, dessen Inneres hier zu sehen ist, stand in den „Volkshaus“-Tagen bereits nicht mehr zur Verfügung. Schon 1921 war dort die AEG eingezogen und hatte diesen durch Zwischenwände für ihre Büros, Werkstätten und Lager unterteilt. 1966 wurde der alte Konzerthallenanbau ersatzlos abgerissen.



Café-Restaurant Paradiesgarten, Regensburg.



Café & Restaurant „Paradiesgarten“
Regensburg



Café-Restaurant Paradiesgarten, Regensburg.

Die »Volkshaus GmbH Regensburg« und die Eröffnung am 1. Mai 1926

Für den ADGB und seine Gewerkschaften war der Erwerb des gesamten Gebäudekomplexes in der Ostendorferstraße alleine nicht zu schultern. In den Jahren der Weimarer Republik standen sich ADGB und SPD mitsamt allen anderen Institutionen und Verbänden aus beiderlei Umfeld jedoch erheblich näher als in den Jahren der späteren Bundesrepublik. Der ADGB selbst verstand sich als rein sozialdemokratisch orientierter Gewerkschaftsbund. Zusammen mit der „Oberpfälzisch-Niederbayerischen Bauhütte gemeinnützige Baugesellschaft m.b.H.“ gründeten ADGB und SPD die „Volkshaus G.m.b.H. Regensburg“, die das Gebäude erwarb und teils auch renovierte.

Am 1. Mai 1926 wurde das „Volkshaus“ feierlich eröffnet und mit ihm auch die renovierte Gaststätte Paradiesgarten. Geradezu euphorisch feiert ein Artikel der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern“ vom 30. April 1926 die bevorstehende Eröffnung:

„Dieser erste Maientag soll der Regensburger Arbeiterschaft besonders in Erinnerung haften. Ein `Volkshaus´ öffnet nun auch in Regensburg seine gastlichen Pforten! [...] Wir konnten in den letzten Jahren den Ausbau der Arbeiterorganisation erleben, wir konnten infolge der zunehmenden Verbreitung der Arbeiterpresse ein eigenes Heim der „Volkswacht“ [die Druckerei in der Spatzengasse] erstehen sehen und heute beut´ [bietet] sich uns die erhebende Freude, die Eröffnung eines Volkshauses in die Geschichte der Regensburger Arbeiterbewegung einzutragen! Ein Volkshaus in Regensburg! Mancher, dessen Gedanken aus dumpfen, unfreundlichen, aller Behaglichkeit entbehrenden Versammlungsräumen in versteckten, lichtlosen Winkelgassen, in die die Regensburger Arbeiterschaft verbannt war, oft um den Traum eines stattlichen, würdigen und zur Einkehr ladenden eigenen Heims der Schaffenden spielen mochten, hat wohl seine

Hoffnung nicht auf allzu schnelle Erfüllung abgestellt. Dennoch: Der Traum so vieler, gar solcher, die Gelegenheit hatten, Heime der Arbeiterbewegung in anderen Städten in Augenschein zu nehmen, ist Wirklichkeit geworden! Im `Paradiesgarten´ dürfte die Regensburger Arbeiterbewegung ein geradezu ideales Heim erworben haben! Es gibt heute – und meistens sind es solche, die der Arbeiterbewegung mit scheelen Augen gegenüberstehen! – die der Ansicht huldigen, dass jedes Winkelloch für einen Arbeiter genüge, dass jeder Schund und alles Dürftige dem Arbeiter anstehe. Am Regensburger Volkshaus sollen sie eines Besseren belehrt werden! Das Schönste, das Geschmackvollste, das Hervorragende ist für den Arbeiter gerade gut genug! Und zum Schönsten, zum Geschmackvollsten, zum Gediegensten unter allen Verkehrslokalen Regensburgs darf das Volkshaus `Paradiesgarten´ mit Fug und Recht wohl gezählt werden! [...].

Jahre hindurch lagen die Räume des Paradiesgartens öde, in Staub und Schmutz. Luft und Licht haben wieder Zugang gefunden, in neuem Glanz und frischen Farben bieten sich die Räume dem Besucher dar. Wie einst geht von ihnen jene Atmosphäre ausgesuchter Behaglichkeit aus, die auch den Arbeiter – und den Arbeiter erst recht! – zum Bewusstsein bringen, dass auch er das Recht hat, Ansprüche an das Leben zu stellen, dass die Form und das Milieu des alltäglichen Daseins auch für ihn besser sein können, als eine egoistische Klassenherrschaft ihm zubilligt. Und in dem ausgedehnten Garten, der lange genug den Eindruck der Verwahrlosung bot, hat die Pflegearbeit einiger Wochen genügt, um Einkehrlustigen zu bestimmen, ihren Schritt nicht weiter zu lenken. Bis in den letzten Winkel des imposanten Unternehmens begleitet uns abgestimmter Geschmack, Annehmlichkeit und – Befriedigung! Allerdings nicht ohne den Wunsch, dass die Regensburger Arbeiterschaft das, was ihr zu Teil ward, auch entsprechend schätzen möge.“

Und über das Lokal „Paradiesgarten“ schreibt die Zeitung: „Das Parterre wird, solange der jetzige Mieter des Saales – die AEG – diesen in Anspruch nimmt, in vier Lokalitäten eingeteilt sein“. Weiter heißt es, dass alle vom Maler Feichtmeier in „vornehmer Farbgebung“ erstellt seien. Und weiter: „Schwunghafte barocke Ornamentierung, dazwischen graziose Figuren, die die breiten Flächen des Bierstübls anmutig füllen“ seien ein Werk des einheimischen Künstler Max Wießner. Die Wirtschaftsführung der von der Volkshausverwaltung völlig abgetrennten Gaststätte oblag der „Gaststätten- und Beherbergungsgesellschaft“ in München. Als Wirtsleute arbeiteten Küchenmeister Eugen Unfried mit Frau Marie. Im Februar 1933 übernahm die Gaststätte Alois Dorfner mit Frau. Es ist leider nichts darüber bekannt, ob es nach 1926 Gespräche mit der AEG hinsichtlich eines Umzuges gegeben hat; eine Wiederherstellung des Saales im Anbau hätte ganz hervorragend den Zweck des „Volkshauses“ ergänzt.

Erste Nutzer aus dem Gewerkschaftsbereich eröffneten bereits zum 10. April 1926 im dritten Stock des Gebäudes ihre Büros: Das Arbeitersekretariat, der Ortsausschuss des ADGB, der „Deutsche Verkehrsbund“, die „Deutsche Postgewerkschaft“ und die genossenschaftlich organisierte „Volksfürsorge“-Versicherung. Einige Stockwerke des Hauses waren noch für längere Zeit als Wohnungen vermietet; offenbar wurden die Wohnmietflächen sogar vergrößert. Einige Gewerkschaftsbüros zogen bald auch innerhalb des Gebäudekomplexes um, oder unterhielten (weiterhin oder neuerlich) Anlaufstellen an anderen Stellen im Stadtgebiet. Deshalb überrascht es wenig, dass im Einwohnerbuch der Stadt Regensburg etwa für die Jahre 1931/32 als Nutzer des Gebäudes mit der Haus-Nr. 2 neben der AEG nur die „Volksfürsorge“, der „Deutsche Holzarbeiterverband“ und die örtliche Geschäftsstelle des „Reichsbanners“, der SPD- und ADGB-nahen Kampforganisation für

die Republik aufgeführt sind. Für die Hausverwaltung unterhielt die „Volkshaus GmbH“ 1929/30 in der nahen Straubinger Straße 25 ein eigenes Büro in einem Gebäude, das der Bauhütte eGmbH gehörte. Als Geschäftsführer der Volkshaus GmbH wirkten Matthias Bauer und Oswald Schrembs.

Viel mehr Büros als im Haus Nr. 2, insbesondere von Einzelgewerkschaften, befanden sich zu jener Zeit im Haus Nr. 2a (dem heutigen SPD-Haus): So neben dem „Reichsbund Kriegsbeschädigter“ u.a. der ADGB, das Bezirksarbeitersekretariat, der „Verband der Nahrungsmittel und Getränkearbeiter Deutschlands“, die „Deutsche Baugewerkschaft“, der „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“, auch Teile der örtlichen bzw. regionalen Geschäftsstelle des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ sowie die Unfallmeldestelle des „Arbeiter-Samariter-Bundes e.V.“. Die ASB-Kolonie Regensburg ließ zudem 1929 im Hofbereich eine Autogarage mit Wachraum für eine Dienstbereitschaft errichten, die über eines der ersten Krankentransport-Kfz in Regensburg verfügte. Der ASB hat mehrere regionale Wurzeln und geht zurück auf die Initiativen von Handwerkern und Arbeitern hinsichtlich der Ausbildung von Ersthelfern bei Arbeitsunfällen. 1909 schlossen sich diese regionalen Gruppen zum ADGB- und SPD-nahen ASB zusammen. Die Gründung des Regensburger ASB 1923 war vom damaligen örtlichen Roten-Kreuz sehr argwöhnisch bewertet worden. 1933 wurde der ASB zunächst „gleichgeschaltet“ und zum 1. August 1933 verboten – vor Ort traten einzelne der ASB-Helfer zur DRK-Sanitätskolonne über.



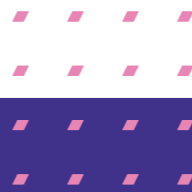
Für alle Lebenslagen – Sozialdemokratische Vereine und Einrichtungen

Heute oft vergessen, umfasste der sozialdemokratische Lebensalltag einst nicht nur gewerkschaftliches und parteipolitisches Engagement, sondern auch andere Lebensbereiche; man wohnte auch in Regensburg, wenn möglich, in der Baugenossenschaft und kaufte im „Konsum“ ein, war bei der „Volksfürsorge“ versichert. Für die Notfälle des Lebens gab es die „Arbeiterwohlfahrt“ und die Sanitätskolonne des „Arbeiter-Samariter-Bundes“. Auch für Freizeitaktivitäten bestand ein breites Angebot, vom „Touristenverein Naturfreunde“, über den „Freien Turn- und Sportverein“, bis zum „Arbeiter Radfahrerbund Solidarität“. Die hier abgebildete Liste aus der „Volkswacht“ 1925 gibt darüber Auskunft. Man beachte: Im erst 1924 eingemeindeten Arbeiter-Vorort Reinhausen (Heimat des nach Regensburg zweitältesten SPD-Ortsvereins in der Oberpfalz) gab es zudem örtliche Angebote, einen „Arbeiter-Radfahrer-Verein Reinhausen“ und einen lokalen „Arbeiter-Turn- und Sportverein“ sowie einen „Gesangsverein Lassallia“.

Auch für die Freizeitgestaltung und demokratische Erziehung von Kinder und Jugendlichen war mit speziellen Vereinigungen vorgesorgt: 1922 war aus mehreren Vorgängerorganisationen die „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ) entstanden. 1923 entstand die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ (RAG), eine unselbstständige Gliederung der Partei. Auf allen Ebenen wurde dabei eng mit dem ADGB zusammengearbeitet. Im erkonservativen Bayern war die Arbeit der „Kinderfreunde“ bereits seit 1930 faktisch verboten, da die staatstragende BVP die Erziehungsziele als zu kirchenkritisch und beispielsweise koedukative Zeltlager als moralgefährdend ansah. Dennoch gründete 1931 Hans Weber (zum 1. Mai 1933 als hauptamtlicher Jugendsekretär des SPD-Bezirks vorgesehen – siehe hierzu auch an anderer Stelle) in Ostbayern Gliederungen unter dem Tarnnamen „Arbeiterkindergruppe“, ebenso solche der „Roten Falken – Sozialistische Jugend Deutschlands“ (SJD). Letztgenannte sind bis heute der deutsche Zweig der internationalen Falken-Bewegung. Deren Jugendarbeit zielte ab auf die Älteren bei den Kinderfreunden und den Jüngeren bei der SAJ.

Es muss an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass es noch in der Zeit der Weimarer Republik in Deutschland praktisch keine weltanschaulich „neutralen“ Freizeit- und Jugendvereine gab. Noch heute erinnern manche Namen von Sport- und Jugend-Gruppen (etwa bei den Pfadfinder*innen) daran, dass sie einst im kirchlich konservativen Umfeld entstanden waren.





»Linke Genossenschaften« – Erleichterung des Lebensalltags

Im 19. Jahrhundert hatten sozialdemokratische Gewerkschaften und die Partei sich noch strikt ablehnend gegenüber der Genossenschaftsidee gezeigt, da diese den Klassenkampf entschärfen und das Endziel verwässern würde. Erst nach der Jahrhundertwende wurde diese Haltung revidiert und Arbeitergenossenschaften nun nach Kräften gefördert.

Auch die Konsumgenossenschaftsbewegung war gespalten in Richtungsgenossenschaften, aber zunehmend gewerkschaftlich-sozialdemokratisch dominiert. 1903 entstand ein „Zentralverband deutscher Konsumvereine“. 1905 wurde der „Konsumverein für Regensburg und Umgebung“ gegründet, der einen ersten Laden in der Engelburgergasse betrieb. Im ersten Jahr hatte die Genossenschaft 192 Mitglieder und erzielte einen Umsatz von 37.000 M. Bereits 1908 waren es 1.138 Mitglieder bei einem Umsatz von 357.000 M. Erste auswärtige Filialen entstanden 1912 in Leonberg und Pirkensee – Orte mit starker sozialdemokratischer Präsenz: In Leonberg war bereits 1902 eine dritte Sektion des SPD-Ortsvereins Regensburg (neben Rbg.-Stadt und Reinhausen) entstanden; in Pirkensee eine weitere 1906. 1911 gab es im ganzen Deutschen Reich 1.142 lokale Konsumgenossenschaften mit 1,3 Millionen Mitgliedern und einem Gesamtumsatz von 335 Millionen Mark. Übrigens: Beim „Konsum“ musste bar bezahlt werden, ein „Anschreiben“ war nicht möglich.

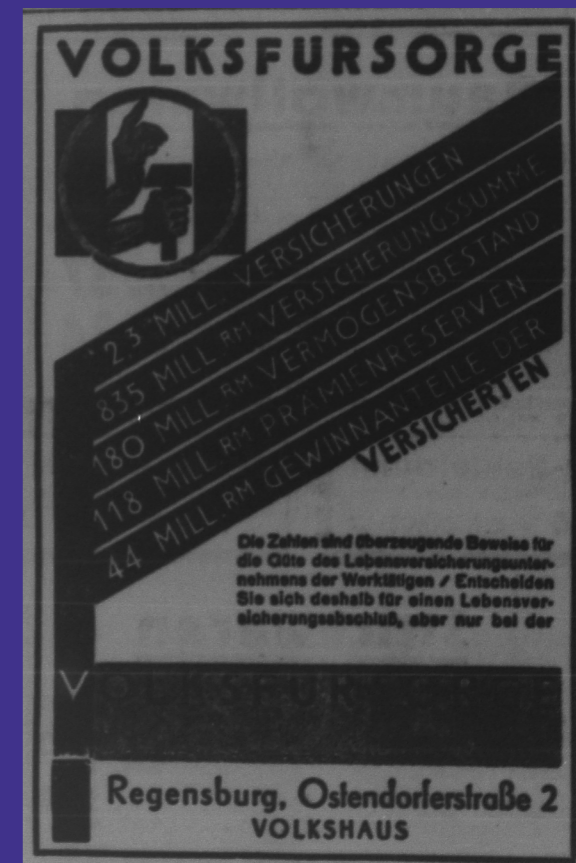
1912/13 baute der „Konsum Regensburg“ im Arbeitervorort Reinhausen an der Walhallastraße 287 ½ (später umbenannt in Donaustauer Str. 91, Eckgrundstück zur späteren

Altmühlstraße) ein großes Zentrallager mit Bäckerei, Verwaltung und Verkaufsstelle, das sogar über einen Gleisanschluss verfügte. Zwischen 1913 und 1922 hatte dieser Betrieb im Durchschnitt 40 Mitarbeiter*innen, davon die Hälfte Frauen. Unter den Nazis aufgelöst, wurde die Regensburger Konsumgenossenschaft 1947 wiedergegründet und war 1949 mit 22 Filialen die größte ihrer Art in der Oberpfalz. Der späterhin für längere Zeit leerstehende Verwaltungs- und Lagerkomplex an der Donaustauer Straße war trotz interessanter Dachkonstruktionen nicht denkmalwürdig und wurde in jüngeren Tagen abgerissen, um Platz zu schaffen für einen gesichtslosen, weltweit einheitlichen Discounter-Filialbau nebst großem Parkplatz.

Geradezu selbstverständlich unterhielt der Regensburger Konsum auch eine Filiale in der sogenannten „Arbersiedlung“ in Reinhausen, die ab 1919 entstand. Diese auf Initiative des Bezirksamtmannes gegründete „Gemeinnützige Baugenossenschaft für Kleinsiedlung und Kriegerheimstätten e.G.m.b.H. Stadtamhof und Umgebung“ war die erste Baugenossenschaft in der Oberpfalz mit (teilweisem) gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Hintergrund. Um staatliche und weitere Zuschüsse sowie verbilligten Baugrund zu erlangen, wurde sie als ein nicht alltägliches Gemeinschaftskonstrukt von sich ansonsten heftig befehdenden sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschafts- und Parteistrukturen etabliert.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Johann Hayder gewählt (Schlosser und SPD-Gemeinderat), zum zweiten Vorsitzenden Ludwig Goppel (Bäcker, christl. Gewerkschafts-Kreiskretär, BVP-Gemeinderat und Vater des späteren bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel). Geradezu an österreichische „Proporz-Verhältnisse“ erinnert die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der frühen Baugenossenschaft: Von den vier zu vergebenden Posten waren zwei mit Sozialdemokraten, einer mit einem BVP-Mitglied und einer mit dem örtlichen katholischen Pfarrer besetzt. Soviel „große Koalition“ ging manchem von Anfang an zu weit, vor allem auf konservativer Seite – 1919 scheiterte eine Fusion mit der 1918 gegründeten erzkatholischen Baugenossenschaft „St. Josef-Heimstätten-Reinhausen“, bei der die Mitgliedschaft an eine solche im katholischen Arbeiterverein gekoppelt war. Diese wurde unmittelbar in Nachbarschaft zur „Arbersiedlung“ erst 1927/28 im Wohnungsbau aktiv wurde. Bis 1933 errichtete die „Arbersiedlung“ 281 Wohnungen.

Zu guter Letzt gehört zum Thema Genossenschaften hier auch die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-AG „Volksfürsorge“ erwähnt, die zum 1. Juli 1913 von Freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründet wurde. In Regensburg eröffnete die „Volksfürsorge“ eine Geschäftsstelle im Dezember 1913, die 1926 ins „Volkshaus“ umzog.



Auf zum Volksentscheid!
 Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr
 3 große
Rundgebungen
 im
Volkshaus „Paradiesgarten“
 Nebner: Landtagsabgeordneter
Blumtritt-Hof
 Kumpfmühl—Fürstengarten
 Nebner: Landtagsabgeordneter
Hermann-Nürnberg
 Reinhausen—Schrödlssaal
 Nebner: Landtagsabgeordneter
Klingler-Coburg
Sozialdemokratische Partei

Paradiesgarten
 Allen unseren Gästen, Freunden,
 Bekannten und Nachbarschaft ein
glückliches neues Jahr
 Zugleich ladet freundlichst ein zur
Silvesterfeier m. Konzert u. Tanz
 sowie **Neujahrstrüschoppen m. Konzert**
 Firma „Gabe“ Eugen Unfried u. Frau

Allen Parteigenossinnen und -Genossen
zum Jahreswechsel
herzliche Wünsche
 Der Bezirksvorstand
 der Sozialdemokratischen Partei
 Bezirk Oberpfalz u. Niederbayern

Volkshaus „Paradiesgarten“
 Zu unserer
Einstands-Feier
 mit Konzert
 am Donnerstag, den 2. Febr., abends 8 Uhr
 erlauben wir uns zu recht zahlreichem Besuch freundl.
 einzuladen. Für Küche und Keller ist bestens gesorgt.
Alois Dorfner mit Frau

A.D.G.B. Ortsausschuß Regensburg
 Einladung.
 Am Sonntag, den 25. Juli ab nachmittags 3 Uhr
 findet im Volkshaus (Paradiesgarten) großes
Gewerkschafts-
Sommerfest
 mit Konzert, Familienunterhaltung und Kinder-
 belustigung statt. - Eintritt 20 Pfg. pro Person.
 Das Fest findet bei jeder Witterung statt!
Der Ausschuß
 I. A.: Hans Semmler



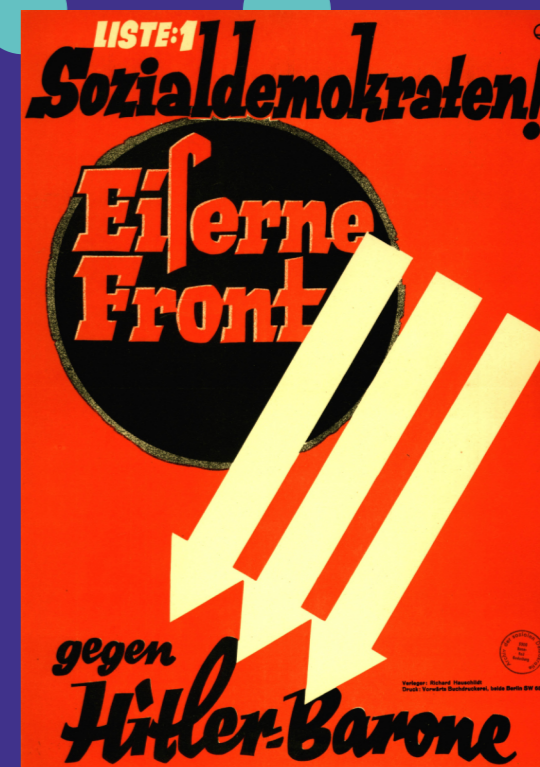
»Eintreten für die Republik«: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« und »Eiserne Front«

Wenn in dieser Schrift davon berichtet wird, dass sich im »Volkshaus« auch die örtliche Geschäftsstelle des »Reichsbanners« befand und von der »Eisernen Front« gesprochen wird, bedarf dies einer zusätzlichen Erläuterung. Beide Institutionen sind bei den heute lebenden Generationen kaum noch bekannt.

Das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« wurde am 22. Februar 1924 in Magdeburg gegründet und sollte dem Schutz der Weimarer Republik und der Demokratie gegen ihre radikalen Feinde von rechts und links dienen. Das »Reichsbanner« verstand sich als Veteranenverband von Frontkämpfern aus dem Ersten Weltkrieg, die sich und ihre Erfahrungen zum Schutz der Republik einbrachten.

Die Gründungsinitiative ging aus von den drei Parteien der sogenannten »Weimarer Koalition«, der SPD, dem katholischen »Zentrum« (ohne deren erheblich weiter rechts stehenden bayerischen Schwesterpartei BVP) und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die Gründung erfolgte auch als Reaktion auf die Umsturzversuche im Jahr 1923 (Hamburger Aufstand und der sogenannte Hitler-Putsch). Das »Reichsbanner« hatte in den frühen 1930er Jahren reichsweit etwa drei Millionen Mitglieder, darunter vor allem Sozialdemokrat*innen und Mitglieder von ADGB-Gewerkschaften.

Anders als das »Reichsbanner« war die »Eiserne Front« keine Mitgliederorganisation sondern ein Bündnis bereits bestehender Vereinigungen. Die Eiserne Front wurde am 16. Dezember 1931 auf Initiative des Reichsbanners geschaffen und umfasste auch die SPD, den ADGB, den Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) und den Arbeiter-, Turn- und Sportbund (ATSB). In Massenaufmärschen bekundete das Bündnis sein Eintreten für Demokratie und Republik. Symbol des Bündnisses waren drei Pfeile, mit denen Anhänger auch häufig Hakenkreuze übermalten. Die »Eiserne Front« litt an starken internen Spannungen, zumal die Gründung nicht mit allen Hintergrundorganisationen des Reichsbanners zur Gänze abgesprochen war. Innerhalb der Eisernen Front oblag dem Reichsbanner die gleichsam militärische Führung, die angesichts der zunehmenden Gewalt von links und rechts zur Abwehr immer wichtiger wurde. Es war also keineswegs ungewöhnlich, dass das Regensburger Reichsbanner über einige Waffen verfügte.



Vom 9. März zum 2. Mai 1933 – von der Beschlagnahme des »Volkshauses« zur Auflösung des ADGB

Am 30. Januar 1933 hatte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP), Adolf Hitler, zum Reichkanzler ernannt. Die Nazis nutzten dies, um ihre Macht nun auf Dauer zu sichern und auszubauen. Auf Reichsebene bedienten sie sich dabei des Mittels der in der Weimarer Verfassung verankerten Notverordnungen. Mit jener vom 4. Februar („Zum Schutz des Deutschen Volkes“) und speziell der sogenannten Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar war ein unbefristeter Ausnahmezustand geschaffen und damit faktisch eine Diktatur errichtet worden. Auch das Ergebnis der erneuten Reichstagswahl vom 5. März, bei der die NSDAP mancherorts bemerkenswerte Stimmengewinne erzielen konnte, arbeitete der nationalsozialistische Machtübernahme zu.

Vier Tage nach dieser Wahl begannen die Nationalsozialisten auf Landesebene und in den Städten und Gemeinden ihre Macht zu sichern. Am Abend des 9. März wurde General Ritter von Epp zum sogenannten Reichskommissar für Bayern ernannt und verdrängte die letzte demokratisch legitimierte Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Heinrich Held (BVP) aus dem Amt. Zugleich erging die Anordnung, dass auf bayerischen Rathäusern neben der alten schwarz-weiß-roten Reichsfahne nun auch die Hakenkreuzfahne zu hissen war.

Genau dies hatten in Regensburg bereits im Laufe des Tages vor dem Rathaus aufmarschierte SA-Einheiten unter Führung des NS-Kreisleiters Wolfgang Weigert lautstark gefordert und gegen den Widerstand des noch amtierenden Oberbürgermeisters Dr. Otto Hipp (BVP) durchgesetzt. Hipps amtliche Proteste wegen dieses

"Hausfriedensbruchs" der örtlichen Nazis verliefen ins Leere. Am 20. März 1933 wird man Hipp zum Rücktritt nötigen und das Amt des Oberbürgermeisters wird vom Regensburger Arzt und langjährigen NSDAP-Mitglied Dr. Otto Schottenheim übernommen.

Seit der Reichstagswahl am 5. März begannen die Nazis zudem politische und weltanschauliche Gegner mit Gewalt zu verdrängen. In Regensburg-Schwabelweis wurden bereits am Morgen des 6. März einige KPD-Mitglieder verhaftet. Am 7. März belagerte ein Trupp Nazis die im Eckgebäude Wahlenstraße/Neupfarrplatz 2 befindliche Buchhandlung und Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung "Volkswacht für Niederbayern und die Oberpfalz" und forderte die Entfernung einiger Schriften aus der Auslage. Noch beendete die herbei gerufene Polizei zwar den Aufmarsch, beschlagnahmte aber ihrerseits die kritisierten Publikationen. Mit der Ernennung des Nazis Epp am 9. März zum Reichskommissar, hatte dieser nun auch die Verfügungsgewalt über die Polizeikräfte in Bayern erlangt. Zudem agierten die Schlägertrupps von SA, SS und "Stahlhelm" nun offiziell als "Hilfspolizei" und besetzten vielerorts in Bayern Einrichtungen politischer Gegner. „Schutzhaft“-Befehle wurden vollstreckt. Gerichtet war der Straßenterror der Nazis in Regensburg in erster Linie gegen Einrichtungen der „Linken“: Betroffen waren davon sowohl die SPD, als auch das „Volkshaus“ mitsamt der dort bzw. teils auch an anderen Stellen im Stadtgebiet beheimateten Geschäftsstellen von vor Ort vertretener ADGB-Gewerkschaften.

Die Besetzung und Beschlagnahme des »Volkshauses« am 9. März 1933 – Widerstand

Auch das „Volkshaus“, schon damals von den Regensburgern „Paradiesgarten“ genannt, gelangte bereits am 9. März in die Hände der Nazis. (Außerhalb Bayerns geschah derlei meist erst am 2. Mai). Zunächst war es nur ein umlaufendes Gerücht gewesen, das besagte, die örtlichen Nazis wollten noch am 9. März das Haus stürmen. Für den späten Nachmittag hatten daher alle Nutzer des Hauses, die Gewerkschaften, die SPD, das „Reichsbanner“ und die „Eiserne Front“ ihre Vorstände zu einer Beratung ins „Volkshaus“ gerufen. Auch wurde bekannt, dass die örtliche Polizei sich im Fall des Hissens der Naziflagge am Rathaus sehr zurückhaltend gezeigt hatte. Man beschloss daher, im Volkshaus eine Selbsthilfe gegen anrückende Braune zu organisieren. Es sollen, berichtete 1947 Matthias Bauer (einer der zwei Geschäftsführer der Volkshaus GmbH), im Haus beim „Reichsbanner“ auch etliche alte Infanteriegewehre samt Munition vorhanden gewesen sein.

Auch am Volkshaus veränderte die Nachricht von der Ernennung Epps zum Reichskommissar für Bayern die Lage. Gegen 20 Uhr marschierte vor dem Haus Landespolizei auf und sperrte es auf der Westseite ab. Einige vor dem Volkshaus bereits versammelte Nazis sollen, so heißt es, daraufhin wieder abgezogen sein. Sich gegen Polizeikräfte mit Gewalt zu wehren, war nun aber nicht die Vorstellung der Gewerkschaften und der anderen Hausnutzer. Man ergab sich gleichsam seinem Schicksal, als schließlich die politische Abteilung der Regensburger Kriminalpolizei das Haus beschlagnahmte. Erst im Nachhinein gelangte das „Volkshaus“ durch Übergabe durch die Polizei in die Hände der örtlichen Nazis. Einerseits führten diese umgehend als neuen Namen für das Gebäude die Bezeichnung „Horst-Wessel-Haus“ ein, (benannt nach einem Nazi-„Märtyrer“,

der als SA-Mann 1930 in Berlin unter bis heute nicht zur Gänze geklärten Umständen zu Tode gekommen war), ließen jedoch (zunächst noch) die Struktur der dort beheimateten Gewerkschaften unverändert.

Erwähnt werden muss hier auch die Besetzung der regionalen Geschäftsstelle des Metallarbeiter-Verbandes, die sich 1933 teilweise noch immer in der Spatzengasse 1 befand und damit dort am 9. März das Schicksal der „Volkswacht“-Druckerei und des SPD-Bezirksbüros teilte. Bereits am 7. März hatte ein SA-Trupp versucht, die kleine Buchhandlung der Zeitung "Volkswacht" in der Wahlenstraße/Neupfarrplatz 2 zu stürmen. Die "Volkswacht" war am 8. März zum letzten Mal erschienen und war ab 9. März verboten. An diesem Tag wurden auch Redaktion und Druckerei durchsucht, wobei zunächst nur Polizeikräfte zum Einsatz kamen. Der letzte Volkswacht-Geschäftsführer, Hans Feiner, berichtete späterhin, dass ihm und den im Gebäude Spatzengasse 1 ebenfalls anwesenden SPD-Landtagsabgeordneten Alfons Bayerer und Parteisekretär Max Schinabeck ein Offizier der Landespolizei mit gezogenem Degen entgegengetreten sei. Zum Abend hin wurde die Druckerei von der Polizei der örtliche SA übergeben, die, nach eigenem Bekunden der NS-Presse, als Erstes einen vorgefundenen „roten Fetzen“ (und wohl auch Druckwerke) vor dem Gebäude öffentlich verbrannten – eine erste „Bücherverbrennung“ in Regensburg; die „offizielle“ folgte am 12. Mai 1933 am Neupfarrplatz. Der letzte Schriftleiter der „Volkswacht“, Walter Saßnick, hatte am Abend des 9. März Glück, dass er nicht zu Hause war, als die SA nach ihm suchte und dabei eine regelrechte Razzia in seinem Wohnviertel Am Römling durchführte – Saßnick emigrierte zunächst ins Saarland, dann nach Schweden. Am jungen Journalisten

Josef Rothhammer (späterhin der erste Regensburger Sozialdemokrat, der 1952-1956 ein Bürgermeisteramt bekleidete), der wortgewaltig gegen die Nazis geschrieben hatte, rächten sich diese damit, dass sie ihn im Juli 1933 ins KZ Dachau und dort in eines der übelsten frühen Arbeitskommandos in Ampermoching steckten.

Wie wenig sich die Nazis auch bei Eigentum um Recht und Gesetz schert(en), zeigt die weitere Nutzung der Volkswacht-Druckerei: Bereits Anfang Juni 1933 (also noch vor dem SPD-Verbot) wurden die Räumlichkeiten und Druckmaschinen vom Bayreuther NS-Gauverlag mit großem Pomp und in Anwesenheit von Naziprominenz, darunter der NS-Gauleiter und amtierende bayerische Kultusminister Hans Schemm, übernommen. Für eine Übergangszeit wurde in der Spatzengasse die Nazi-Zeitung "Bayerische Ostwacht" hergestellt, bevor deren Verlag in die Kumpfmühler Straße umzog. Offiziell wurde das „Volkswacht“-Druckereivermögen erst durch eine staatliche Anordnung im November 1933 zugunsten des Landes Bayern eingezogen.

Man mag sich heute die Frage stellen, ob ein aktiver Widerstand am 9. März angebracht gewesen wäre – deshalb seien an dieser Stelle einige entsprechende Gedanken gestattet: Aussicht auf Erfolg hätte eine solche Aktion in Regensburg sicherlich keine gehabt – und auch nicht andernorts. Es wäre nicht mehr als eine symbolische Aktion gewesen, aber wahrscheinlich um den hohen Preis von Menschenleben. Es war wohl auch bereits zu spät, die Machtübernahme der Nazis zu verhindern. Wenn es in Deutschland einen Zeitpunkt gegeben hat, sich mit einem Aufruf zum Generalstreik (und u.U. auch mit Waffengewalt) gegen eine ins Autoritäre abgleitende Weimarer Republik und gegen einen damit aufziehenden Faschismus zu wehren, dann eventuell Ende Juli 1932, als die letzte demokratisch legitimierte preußische Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun

(SPD) von Reichskanzler Papen und Reichspräsident Hindenburg amtsenthoben und durch einen Reichskommissar ersetzt worden war. Zu diesem Zeitpunkt war die vom preußischen Innenminister Carl Severing (SPD) geformte dortige Landespolizei durchaus eine Stütze der Weimarer Republik und die einzige bewaffnete Kraft im ganzen Land, die sich gegen Reichswehr und faschistische Wehrverbände zumindest im Ansatz hätte behaupten können.

Aber die SPD und die ADGB-Gewerkschaften hatten sich 1932 gegen einen solchen Weg ausgesprochen – man wollte keinen Bürgerkrieg! Es sei hier auch daran erinnert, dass im benachbarten Österreich dessen Linke, die SPÖ und die dortigen freien Gewerkschaften, im Jahr darauf, 1934, erheblich besser auf eine bürgerkriegsartige Situation vorbereitet sein werden (und es auch bereits in den Jahren zuvor gewesen waren). Dennoch werden sie in Wien, Linz und anderen Orten binnen kürzester Zeit und unter hohen Opfern von der Armee und den halbfaschistischen Heimwehren niedergekämpft werden.

Zurück nach Regensburg im März 1933. Wie andernorts gerieten auch hier zunehmend Gewerkschafter und SPD-Mitglieder ins Visier der Nazis. Am 10. März befanden sich bereits 15 Regensburger Gewerkschafter und Sozialdemokraten in „Schutzhaft“ im örtlichen Gerichtsgefängnis („Augustenburg“), darunter Matthias Bauer (einer der zwei Geschäftsführer der Volkshaus GmbH), Franz Höhne (Automechaniker, 1933 SPD-Stadtrat, 1949-1969 MdB) und Ludwig Riedelsheimer (Hafenarbeiter, Aufsichtsrat des Konsumvereins). Letztgenannter wurde am 21. Juni zusammen mit vier anderen „Schutzhäftlingen“ in der SA-Unterkunft im alten Militärlazarett in der Greflingerstraße bis zur Bewusstlosigkeit verprügelt.

Antonie Pfülf (Mdr) und Alfons Bayerer (Mdl) – die Gedenktafel am Gewerkschaftshaus

Seit dem 22. Juni 1986 erinnert am "Paradiesgarten" eine große Gedenktafel an die SPD-Reichstagsabgeordnete Antonie Pfülf (1877-1933) und ihren Landtagskollegen Alfons Bayerer (1885-1940): "Sie wurden Opfer des nationalsozialistischen Terrors und stehen stellvertretend für die vielen Opfer aus der Arbeiterbewegung in Regensburg".

„Toni“ Pfülf zählte zu den ersten Parlamentarierinnen Deutschlands und hatte bereits der Nationalversammlung von 1919 angehört. Seit 1924 vertrat sie den Wahlkreis Niederbayern (WK 25) im Reichstag. Sie war über die politische Lage im Frühjahr 1933 derart verzweifelt, dass sie daran zerbrach. Pfülf hatte sich im März 1933 bereits auf sicherem Schweizer Boden befunden, wohin sie den SPD-Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid (1874-1944), ins Exil begleitete. Sie kehrte jedoch zurück – am 8. Juni 1933 schied sie aus dem Leben. An sie und ihr politisches Wirken erinnerte die SPD 1988 auch durch die Benennung der Regensburger Bezirksgeschäftsstelle in der Richard-Wagner-Str. 4 als „Antonie-Pfülf-Haus“.

Alfons Bayerer (Spengler) war SPD-Mitglied seit 1903, hatte 1910 die Parteischule in Berlin besucht und wurde 1914 zum Organisationsleiter des SPD-Bezirks bestimmt. Aus dem Ersten Weltkrieg kehrte er heim als Schwerekriegsbeschädigter. Seit 1920 war er hauptamtlicher Sekretär des SPD-Bezirks Niederbayern/Oberpfalz. Seit 1923 wirkte Bayerer auch als Abgeordneter der SPD im Bayerischen Landtag. Zunächst vertrat er dort den Wahlkreis Regen-Zwiesel, ab (etwa) 1930 den Stimmbezirk Regensburg als Nachfolger des zu diesem Zeitpunkt aus Altersgründen ausgeschiedenen Mdl Rudolf Schlichtinger (sen.). Bayerer wurde bereits im März 1933 von den Nazis in "Schutzhaft" genommen und erst im Oktober aus dem Regensburger Gefängnis wieder entlassen.

Wieder in Freiheit, beteiligte er sich maßgeblich am Einschmuggeln von Schriften des im Prager Exil wirkenden SPD-Parteivorstandes über die bayerisch-tschechische Grenze. Im Mai 1934 verhaftet, wurde er zusammen mit anderen (darunter sein späterer Schwiegersohn und Regensburger Bürgermeister Hans Weber) im Februar 1935 wegen "Hochverrat" zu 4 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Unter den Haftbedingungen verschlimmerte sich sein Kriegsleiden. Lediglich diesem Umstand hatte er es zu verdanken, dass er nach Verbüßung der Haft im August 1939 entlassen wurde und nicht – wie ansonsten bei politischen Gegner*innen des NS-Regimes üblich – von der Justiz wieder der Gestapo übergeben und in KZ-"Schutzhaft" eingeliefert wurde. Bereits als Schwerstkranker entlassen, starb er im Alter von nur 54 Jahren bereits neun Monate später am 11. Mai 1940.



Es sollte der Einschüchterung dienen, dass ganze Listen von in „Schutzhaft“ Genommenen in der regionalen Presse veröffentlicht wurden: Die Namen von 31 Verhafteten allein am 17. März, säuberlich klassifiziert nach „Kommunisten“, „Reichsbanner und Eiserne Front“ und andere. Man muss hier anfügen, dass auch Deutsche jüdischen Glaubens allein deshalb ebenfalls bereits zu den Reihen der „Schutzhäftlingen“ gehörten. Zum Monatswechsel befanden sich schon 70 Regensburger Mitglieder der Linksparteien und der Gewerkschaften in Haft – manche nur kurzzeitig, manche für lange Zeit. Einige werden in den kommenden Jahren erneut, manche sogar des Öfteren verhaftet werden.

Am 20. März 1933 wurde Oberbürgermeister Dr. Hipp (BVP) zum Rücktritt genötigt und vorübergehend in Schutzhaft genommen. An seine Stelle trat, zunächst kommissarisch, Dr. med. Otto Schottenheim. Noch hatten die Nazis aber im Stadtrat keine Mehrheit – waren davon sogar meilenweit entfernt, denn bei der letzten Stadtratswahl 1929 hatte die NSDAP lediglich ein (!) Mandat erlangt. Mit den von der Reichsregierung unter Kanzler Hitler auf Grundlage des „Ermächtigungsgesetzes“ (23. März 1933) erlassenen Gesetzes über die „Vorläufige Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ (31. März) sowie jenem über die „Gleichschaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Land und Reich“ (7. April) war die Sitze in den Stadträten im Verhältnis der örtlichen Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März neu zu verteilen. Dank solchen Rechenkunststücken gelangten die Nazis in vielen Städten und Gemeinden zu einer Mehrheit – nicht jedoch in Regensburg!

Als sich das solchermaßen neu zusammen gesetzte Stadtratsplenum am 27. März konstituierte, hatte die BVP zwölf Sitze, die NSDAP zehn, die SPD fünf und der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot einen Sitz. Trotz noch immer fehlender Mehrheit setzte die NSDAP sofort die

Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger durch – ohne Gegenstimmen, wobei zu erwähnen ist, dass von den fünf SPD-Stadträten sich drei in Schutzhaft befanden und die übrigen zwei den Saal vor der Abstimmung verließen. Erst mit dem reichsweiten Verbot der SPD am 22. Juni 1933 und der Selbstaflösung der BVP am 4. Juli erlangte die NSDAP im Regensburger Stadtrat eine Mehrheit, wobei dieses Gremium in dem bald durch und durch nach dem Führerprinzip umgebauten Staat keinerlei Entscheidungsfunktionen mehr ausübte.

Am 22. Juni 1933 wurde die SPD reichsweit verboten. Bereits in der Nacht vom 24. auf 25. Juni verhafteten Polizei und „SA-Hilfspolizei“ in Regensburg über 40 Sozialdemokraten und Gewerkschafter (einige bereits zum zweiten Mal) und lieferte sie ins Regensburger Gefängnis ("Augustenburg") ein, wo andere schon seit 10. März ebenfalls in "Schutzhaft" ihrer Freiheit beraubt waren. Nach zwei Wochen wurden 14 der Verhafteten am 7. Juli 1933 ins neuengerichtete KZ Dachau überstellt, darunter Jakob Deubler (Schreiner, Gewerkschafter und SPD-Stadtrat), Karl Esser (1933 SPD-Bezirksvorsitzender, ab 1945 MZ-Verleger), Johann Hayder (Schlosser, bis 1933 Vorsitzender der von ihm 1919 mitgegründeten Baugenossenschaft der sogenannten „Arbersiedlung“ in Reinhausen), Leopold Hofmann (Eisenbahner-Gewerkschaft, nach 1946 MdL), Josef Rothammer (Journalist, 1952-1956 Zweiter Bürgermeister von Regensburg) und Max Schinabeck (Parteisekretär, in der Nachkriegszeit ebenfalls MdL). Nach vielen Torturen und unterschiedlich langen Haftzeiten wurden sie unter Auflagen wieder freigelassen. Einzelne, wie Leo Hofmann, wurden nach dem „20. Juli 1944“ neuerlich verhaftet und zeitweise im KZ Flossenbürg festgehalten.

In Prag bildete sich ein SPD-Exilvorstand und baute ab Sommer 1933 eine Organisation zum Einschmuggeln von Flugblättern und Miniaturausgaben der Parteizeitung "Vorwärts" über die tschechisch-bayerische Grenze und zur Verteilung in ganz Bayern auf. Eine wichtige Funktion kam dabei Alfons Bayerer zu. Als „Grenzgänger“ agierte auch dessen späterer Schwiegersohn Johann (Hans) Weber (Jg. 1912, Elektriker, Gewerkschafts- und SPD-Mitglied, 1952-1961 ötv-Sekretär, 1961-1972 Bürgermeister von Regensburg), ebenso der Regensburger Josef Köppl (selbstständiger Schreiner, SPD-Mitglied); auch der bereits genannte Franz Höhne zählte zu den Verteilern.

Schon einmal, während des zwölfjährigen Parteiverbotes unter Kanzler Bismarck 1878 bis 1890 hatte die Sozialdemokratie von der Schweiz aus einen Zeitungsschmuggel ins Reich organisiert – oft bezeichnet als die „Rote Feldpost“. Auch damals war Regensburg ein Verteilerzentrum gewesen, organisiert vom extra nach Regensburg verzogenen Münchner Redakteur Friedrich Löbenberg (seit 1879 bei einer Stadtamhofer Zeitung tätig) und Eduard Böhler, Buchbinder bei der Manz'schen Druckerei in Stadtamhof). Die Zeitung „Der Socialdemokrat“ kam anfangs verborgen in Kaffeesäcken, dann versteckt in deklarierten Büchersendungen aus Zürich hier an. Der Schmuggel wurde 1881 entdeckt und mehrere Genossen wurden verurteilt, darunter Löbenberg zu zwei Monaten, Böhlers zu zwei Wochen Gefängnis – dies war nichts im Vergleich zu dem, was die Zeitungsschmuggler der 1930er Jahre an Strafen erwartete.

Im Frühsommer 1934 gelang es der Gestapo in die Verteilerkette einzubrechen. Bayernweit wurden mehr als 150 Personen verhaftet, gegen 98 wurde in mehreren großen Verfahren Anklage erhoben, 46 im Januar/Februar 1935 in München verurteilt. Alfons Bayerer und Hans Weber wurden wegen Hochverrats zu viereinhalb, bzw. vier Jahren

Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt; Franz Höhne 1935 zu zwei Jahren Gefängnis, Köppl zu acht Monaten Gefängnis. Nach Strafverbüßung werden Höhne und Köppl jeweils für einige Monate ins KZ Dachau eingewiesen; Weber als "Moorsoldat" ins Aschendorfer Moor, dem berüchtigten Konzentrationslager im Emsland. Nur Bayerer wurde nach regulärer Strafverbüßung nach Hause entlassen – zum Sterben, denn in der Haft war seine Lungentuberkulose aus dem Ersten Weltkrieg erneut ausgebrochen. Weber wurde Ende 1942 in die berüchtigte Bewährungs-Division Nr. 999 eingereiht und geriet 1943 in Tunesien in französische Kriegsgefangenschaft. Höhne wurde nach dem „20. Juli 1944“ neuerlich verhaftet und (zusammen mit Leo Hofmann) zeitweise im KZ Flossenbürg festgehalten.

Regensburger Gewerkschafter und Sozialdemokraten fanden sich auch in den Reihen der im Februar 1943 verhafteten sogenannten „Neupfarrplatzgruppe“, von der Gestapo so bezeichnet nach ihrem lockeren Treffpunkt. Den knapp 40 Verhafteten wurde „staatsfeindliches Verhalten“ auf unterschiedliche Weise zur Last gelegt. Einer von ihnen war der Hafendarbeiter Ludwig Riedelsheimer, dem wir oben schon bei seiner „Schutzhaft“ im März-Juni 1933 begegnet sind. Riedelsheimer wurde am 9. Dezember 1942 wegen Hochverrats zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt; es galt u.a. als bewiesen, dass er Lebensmittel an sowjetische Kriegsgefangene im Hafen weitergegeben und einen russischen Sprachführer besessen haben soll.



Hans Weber (1912–2003)

Einer derjenigen, der lange Jahre im Gewerkschaftshaus „Paradiesgarten“ seinen Arbeitsplatz hatte, war Hans Weber. Von 1952 bis 1961 wirkte er dort als hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ötv), Kreisverwaltung Regensburg. Dem Regensburger Stadtrat gehörte Weber für 38 (!) Jahre von 1952-1990 an, davon lange Jahre im Vorstand der SPD-Fraktion. Am 1. September 1961 wählte ihn der Stadtrat zum Zweiten Bürgermeister (Stellvertreter des Oberbürgermeisters); ein Amt, das Weber bis 1972 bekleidete. Zeitweise war er dabei der "faktische" Oberbürgermeister, da OB Rudolf Schlichtinger (SPD) oft abwesend war. Er hatte auch ein Abgeordnetenmandat im Münchner Landtag inne und es gab bis zur Kommunalwahl 1966 neben dem OB nur einen weiteren Bürgermeister.

Hans Weber wurde am 8. Oktober 1912 in Regensburg als Sohn einer Eisenbahnerfamilie geboren. Er war gelernter Elektriker. Mit Eintritt ins Berufsleben wurde er 1926 Mitglied der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Zugleich trat er auch der Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) bei, deren örtlicher Vorsitzender und 2. Vorsitzender des Bezirksvorstands er 1929 wurde. 1930 gründete er in Regensburg die örtliche Gruppe der „Roten Falken“. 1931 trug Weber dazu bei, dass in Niederbayern und der Oberpfalz unter dem Namen „Arbeiterkindergruppen“ Gliederungen der damals in Bayern faktisch verbotenen Kinderfreundebewegung entstehen konnten. Seit Herbst 1932 volontierte Hans Weber als Jugendsekretär beim SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, wobei seine hauptamtliche Übernahme zum 1. Mai 1933 vorgesehen war.

Dieses Amt konnte Hans Weber nicht mehr antreten – die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten seit dem 30. Januar 1933 zwang auch die Sozialdemokratie in Ostbayern in die Illegalität. Zunächst verbreitete man selbsthergestellte Flugblätter. Als der nach Prag emigrierte SPD-Reichsvorstand im Sommer 1933 eine Organisation zum Einschmuggeln von Flugblättern und Miniaturausgaben der Parteizeitung "Vorwärts" über die tschechisch-bayerische Grenze aufbaute, gehörte Hans Weber zu jenen, die dieses Material über die „Grüne Grenze“ holten und mit Fahrrad oder Motorrad, aber auch zu Fuß in ganz Bayern verbreiteten.

Bereits damals war Hans Weber befreundet mit seiner späteren Ehefrau Martha, geb. Bayerer, der Tochter von MdL Alfons Bayerer. Über 70 Jahre lang teilten beide die Höhen und Tiefen ihres gemeinsamen Lebens. Im Frühsommer 1934 gelang es der Gestapo in die Verteilerkette einzubrechen. Bayernweit wurden mehr als 150 Personen verhaftet, am 12. Mai auch Hans Weber. Auch Martha Bayerer, sowie deren Mutter Lina, erlitten jeweils fast zehn Monate Untersuchungshaft. Im gleichen Strafprozess wie Alfons Bayerer wurde Weber am 11. Februar 1935 von Bayerischen Obersten Landesgericht in München wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Er verbüßte seine Strafe und eine anschließende "Schutzhaft" zunächst in den Zuchthäusern Straubing und Amberg, dann als "Moorsoldat" im Aschendorfer Moor, dem berüchtigten Konzentrationslager im Emsland.

Am 11. Mai 1939 wurde Hans Weber endlich entlassen, aber in Regensburg unter Polizeiaufsicht gestellt. Als die Wehrmacht 1941/42 immer mehr Soldaten verlor, wurden auch bisher „Wehrunwürdige“ in sogenannte Bewährungseinheiten eingezogen. So kam auch Weber am 1. November 1942 in die berüchtigte Division Nr. 999 und wurde in Tunesien eingesetzt. Mit der

Kapitulation des deutschen Afrikakorps im Mai 1943 geriet er in französische Kriegsgefangenschaft. Auch dort wurde er politisch aktiv. Ihm und anderen in die Wehrmacht Gezwungenen wurde erlaubt, täglich über den Lagerdrahtfunk Nachrichtensendungen zu organisieren sowie eine Lagerzeitung herauszugeben. Erst 1947 wurde er aus der Kriegsgefangenschaft entlassen.

Wieder zu Hause in Regensburg wurde Hans Weber sofort wieder in der Gewerkschaft und der SPD aktiv. Beruflich fand er eine erste Anstellung als Verlagssekretär bei der Mittelbayerischen Zeitung, deren Verleger Karl Esser bereits vor 1933 und nun erneut zu den führenden Köpfen der Ostbayerischen Sozialdemokratie zählte. Weber wurde dessen Assistent und politischer Vertraute.

Hans Webers erfolgreiches Wirken in vielen Bereichen des Öffentlichen Lebens spiegelt sich in den ihm verliehenen Auszeichnungen wieder, darunter dem Bundesverdienstkreuz am Bande, der Kommunalen Verdienstmedaille des Freistaates Bayern sowie der Silbernen und Goldenen Bürgermedaille der Stadt Regensburg.

Kaum ein Vierteljahr nach dem Tode seiner Frau Martha im September 2003 und nur wenige Wochen nach seinem eigenen 91. Geburtstag ist Hans Weber am 9. Dezember 2003 verstorben. In der Todesanzeige der Regensburger SPD in der örtlichen Tageszeitung findet sich der wichtige Satz „Er lehrte uns den aufrechten Gang“!



Hans Weber mit Amtskette als Bürgermeister der Stadt Regensburg 1961-1972.



Hans Weber mit Ehefrau Martha an seinem 90. Geburtstag am 8. Oktober 2002 im Seniorenheim Rilkestraße. Über 70 Jahre teilten beide die Höhen und Tiefen ihres gemeinsamen Lebens.

Der 1. Mai 1933 und das Ende der freien Gewerkschaften am Tag danach

Während sich das Ende der demokratischen Parteien bereits sehr bald zu Beginn des Jahres 1933 abzeichnete, war das weitere Schicksal der Gewerkschaften zumindest für eine Übergangszeit unbestimmt. Die ADGB-Führung versuchte sich entsprechend mit dem neuen Staat zu arrangieren. Seitens der Nazis gab es gegenüber den Gewerkschaften zudem zunächst offenbar keine einheitliche Linie. Die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) verstand sich als eine Art Arbeiterelite, die in Zukunft die Führungskader der bisherigen Gewerkschaften stellen“ – so jedenfalls verkündete es noch 1933 auch die Regensburger NS-Presse.

In der NSBO weit verbreitet war auch das Modell eines festgefügtten Ständestaates – ein Staatsmodell, das Parallelen zu Mussolinis Italien hatte sowie im Austrofaschismus der Jahre 1934-38 und im Spanien Francos versucht wurde zu realisieren. Man muss hier anfügen, dass ein Ständestaat – genau betrachtet ein Rückgriff auf Zeiten vor der französischen Revolution und vor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung – auch im erzkonservativen Bayern vor 1933 durchaus namhafte Anhänger hatte, die keineswegs zu den Parteigängern der Nazis zählten, aber oft genug zu deren Wegbereitern wurden.

Der 1. Mai, der traditionelle Kampftag der Arbeiterklasse, war in den Jahren der Weimarer Republik noch kein staatlicher Feiertag. 1933 erklärten ihn die Nationalsozialisten zum Feiertag und münzten ihn um nach dem Motto „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“. Alle gesellschaftlichen Gruppen, nicht nur die Gewerkschaften, waren aufgerufen, sich an den entsprechenden Feierlichkeiten zu beteiligen. In Regensburg wurde für den 1. Mai 1933 ein großer Festzug organisiert, der vom Süden der Maximilianstraße aus über Dom- und Neupfarrplatz, Wahlenstraße und Kohlenmarkt zur Steinernen Brücke zog, über die dann alle beteiligten Gruppen zur Kundgebung auf der Jahnwiese am

Oberen Wöhrd marschierten. Dies war kein traditioneller Mai-Aufmarsch. Sogar Festwagen wurden mitgeführt. Nur eine von vielen Marschkolonnen bildete eine nicht sehr große Gruppe, deren vorangetragenes Transparent sie als „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ auswies. Es gehörte offenbar bereits etwas Mut dazu, sich am 1. Mai 1933 noch zum ADGB zu bekennen.

Das Stadtarchiv Regensburg bewahrt ein bemerkenswertes Dokument zu diesem Tag: NS-Oberbürgermeister Schottenheim hatte per Formbrief vom 28. April auch alle Stadträte im Befehlston aufgefordert, sich am 1. Mai um 16:45 Uhr beim Treffpunkt der Marschgruppe „Stadtrat“ beim Parkhotel Maximilian einzufinden. SPD-Stadtrat Jakob Deubler, Schreiner, antwortete handschriftlich auf dem Formbrief dem OB, dieser möge ihn bei der Maikundgebung entschuldigen, da er in Schutzhaft sei! Bittere Ironie oder Ausdruck völliger Hilflosigkeit?

Bereits 24 Stunden später gab es keinen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mehr und auch keine freien Gewerkschaften. Überall im Deutschen Reich wurden am 2. Mai 1933 Gewerkschaftseinrichtungen von der SA besetzt. In Regensburg war das Gewerkschaftshaus, das „Volkshaus“, zwar bereits am 9. März von den Nazis übernommen und in „Horst-Wessel-Haus“ umgetauft worden, aber bis 2. Mai war die Struktur der Gewerkschaften im Haus unverändert geblieben. Nunmehr verkündete die Ortspresse, dass die SA am 2. Mai auch alle Gewerkschaftsbüros habe, nicht nur jene im Gewerkschaftshaus, sondern auch die an anderer Stelle untergebrachten Büros des Fabrikarbeiterverbandes des Einheitsverbandes der Eisenbahner. Darüber hinaus seien auch der regionale Konsumverein (dessen Verwaltung mit Zentrallager sich in der Donaustauer Straße, Ecke Altmühlstraße in

Reinhausen befand) sowie seine Filialen vorübergehend besetzt und geschlossen worden. Die „Gleichschaltung“ war wieder einen großen Schritt vorangekommen.

Vor der Überführung der Gewerkschaftsmitglieder in die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) hatte diese im NS-Gau Bayerische Ostmark 30.000 Mitglieder, ab Mai 1933 waren es bereits 700.000, womit die NSBO, nach eigenen Angaben, zur größten NS-Organisation des Gaues anwuchs. Die Ausdehnung des NS-Führerprinzips auch auf die Arbeitswelt war nur bedingt mit einem Ständestaatsmodell vereinbar. Mit der Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) noch im Mai 1933 verlor die NSBO rasch an Einfluss. Diese neue NS-Wirtschaftsorganisation war nicht Teil der NSDAP, sondern firmierte als ein ihr „angeschlossener Verband“, der sich schließlich in 18 nach Berufsgruppen gegliederten Reichsbetriebsgemeinschaften und 13 geographischen Bezirken unterteilte. Das Führer-Gefolgschaftsverhältnis in den Betrieben verschleierte nicht nur die alten Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern schrieb die Situation oft genug fest zu Lasten der Arbeitnehmerseite. Mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 ging die Tarifautonomie über auf sogenannte Treuhänder. Bereits 1935 wurden in den Betrieben letztmals Vertrauensleute gewählt, die ab 1938 unbegrenzt amtierten und lediglich beratende Funktion hatten.

Bereits mit Verfügung des zu dieser Zeit noch kommissarischen Nazi-Bürgermeisters Dr. Schottenheim vom 28. März 1933 wurde auch die bisherige „Ostendorferstraße“ umbenannt in „Horst-Wessel-Straße“. Auch die Gaststätte firmierte nun als „Horst-Wessel-Haus-Gaststätte“. Während das Gebäude und die Gaststätte ihren neuen unseligen Namen bis 1945 behielten, wurde die Straße bereits abermals mit Verfügung des Oberbürgermeisters vom 19. Mai 1937 umbenannt und heißt seither „Richard-Wagner-Straße“ – also nicht, wie oft erzählt, erst seit 1945! Hier ist anzumerken, dass damit auch eine Neunummerierung verbunden war: Aus der bisherigen Haus-Nr. 2a wurde nun die Nr. 4, aus der bisherigen Nr. 4

die Nr. 6, usw. Hintergrund der abermaligen Straßenumbenennung war die Errichtung der heutigen Ganghofer-Siedlung, damals „Görling-Heim“, einer Arbeitersiedlung für das neue Messerschmitt-Flugzeugwerk in Prüfening. In deren westlichen Teil wurden alle Straßen nach „Fliegerhelden“ des Ersten Weltkriegs benannt, im östlichen Teil alle Straßen nach „Helden“ der NS-Bewegung (die 1945 alle umbenannt wurden). Hermann Göring stand für beide Gruppen und sein Name bot die Klammer zwischen diesen – ein sehr deutlicher Ausdruck des Selbst- und des Staatsverständnisses der Nazis. Dort durfte eine „Horst-Wessel-Straße“ natürlich nicht fehlen – die heutige Rosseggerstraße. Übrigens fand sich auch für den ursprünglichen Namensgeber Ostendorfer bereits in den 1930er Jahren eine neue, allerdings recht kurze Straße im Norden Kumpfmühls.

Vor 1933 hatten die Nazis den freien Gewerkschaften oft genug „Verschwendung“ und „Bonzentum“ vorgeworfen. Kaum an der Macht bauten sie jedoch einen Verwaltungsapparat auf, der seines gleichen suchte. In den späten 1930er Jahren soll die „Deutsche Arbeitsfront“ reichsweit an die 40.000 (!) hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt haben. Entsprechend war in der Region beispielsweise auch das Regensburger „Horst-Wessel-Haus“ schon bald zu klein. So wurde aus dem vormaligen Kreisstelle des Deutschen Fabrikarbeiter Verbandes in der Reichsstraße 8 ein zweites DAF-Gebäude geschaffen – das „Hans-Schemm-Haus“, benannt nach dem 1935 tödlich verunglückten ostbayerischen NS-Gauleiter, der seit 1933 auch als bayerischer Kultusminister amtiert hatte.

Für eine Übergangszeit blieben nach 1933 nicht nur die Namen einzelnen Gewerkschaften erhalten, sondern auch die „Volkshaus GmbH“, wobei selbstredend das Personal „ausgetauscht“ wurde. Die Verwaltungsstelle des „Horst-Wessel-Hauses“ befand sich 1934/35 nun im o.g. „Hans-Schemm-Haus“. Erst im Adressbuch der Stadt für 1939/40 erscheint als Eigentümer beider Gebäude in der Richard-Wagner-Straße die „Deutsche Arbeitsfront“. Neben allerlei DAF-Einrichtungen hatten dort auch Parteigeschäftsstellen Einzug gehalten, wie etwa das „NSDAP-Amt für Volksgesundheit“.

Beschlagnahme durch US-Militärregierung. Rückgabe des »Volkshauses« im Dezember 1946

Mit dem 27. April 1945, dem Einrücken amerikanischer Truppen in die Stadt, war es in Regensburg vorbei mit der Nazi-Herrschaft. Auch die Zeiten eines „Horst-Wessel-Hauses“ und einer „Deutschen Arbeitsfront“ waren vorüber. Das Haus wurde von den Amerikanern beschlagnahmt. Die weitere Nutzung 1945/46 ist nicht im Detail bekannt. Das Gebäude wurde offenbar für Unterkunftszwecke benutzt, für Offiziere der Militärregierung bzw. der Besatzungsstreitkräfte. Die US-Army nutzte zeitweise selbst über 1.200 Wohnungen in Regensburg. Darüber hinaus waren zahlreiche Gebäude in Beschlag genommen (Gaststätten, Büros und Schulen) für die US-Soldaten eingerichtet waren.

Die amerikanische Militärregierung duldet und förderte sehr bald das Wiederentstehen von parteipolitischen und gewerkschaftlichen Strukturen, allerdings bedurfte deren öffentliches Wirken jeweils einer offiziellen Zulassung. Bereits im Mai 1945 stellte die Militärregierung den Gewerkschafter*innen das Zimmer 17 im Alten Rathaus zur Verfügung. Diese Anlaufstelle wurde schnell zur Keimzelle der sich wiederbildenden Gewerkschaftsstrukturen, aber auch der regionalen sozialdemokratischen Partei. Während sich die Zulassung von Parteien auf regionaler Ebene hinzog, konnten erste Gewerkschaftsgruppen bereits ab Spätsommer 1945 in den Betrieben aktiv werden. Bereits 1946 wurden erste Betriebsratswahlen abgehalten. Noch immer war das „Volkshaus“ nicht wieder freigegeben, was der neue Gewerkschaftsbund aber seit Herbst 1945 nachhaltig einforderte. Einstweilen erhielt er zwei Büros im Haus des Kunst- und Gewerbevereins in der Ludwigstr. 6 zugewiesen; die SPD bekam erste Räumlichkeiten in der Wahlenstraße 18.

Am 8. Januar 1946 erfolgte im Stadttheater Regensburg die feierliche Gründungsfeier des „Allgemeinen freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Niederbayern/Oberpfalz“ (AfDGB) zu der die Sekretäre Georg Zitzler (ehem. christlicher Gewerkschafter, 1948-1952 CSU-Oberbürgermeister) und Franz Wolf eingeladen hatten. Als Ehrengäste anwesend waren auch die Gewerkschaftsveteranen Matthias Zirngibl und Michael Burgau. Am Nachmittag des gleichen Tages fand im Saal des Kunst- und Gewerbevereins die erste Bezirksdelegiertenkonferenz statt. Dort wurde Franz Wolf zum ersten Vorsitzenden gewählt.

1945/46 bestand ein Großteil der Gewerkschaftsarbeit aus der Organisation des Wiederaufbaues der Betriebe und aus der Schaffung von Erleichterungen im Lebensalltag der Beschäftigten. Lohnforderungen konnten keine gestellt werden, da die Militärregierung im Oktober 1945 einen allgemeinen Lohnstopp verfügt hatte (der erst im Oktober 1948 aufgehoben wurde). Von großer Bedeutung waren in jenen Tagen zumindest Grundkenntnisse der englischen Sprache; wer zudem englische Stenographie beherrschte, hatte gute Chancen auf eine Anstellung. Auch der Bedarf an Übersetzungen von Dokumenten aus und in verschiedene(n) Sprachen war groß. Neben privaten Dienstleistern bot auch der neue Gewerkschaftsbund entsprechende Fortbildungen für seine Mitglieder an, mit starker Verbilligung auf die amtlich vorgeschriebenen Preise. Anfang November 1945 wurde die Eröffnung eines Übersetzungsbüros des AfDGB in der Gaststätte „Goldener Greifen“, Wollwirkerstraße 18, bekanntgegeben. Zum 19. Dezember 1945 übersiedelte die „Abt. Fremdsprachen und Berufserziehung“ des Gewerkschaftsbundes in den II. Stock der ehem. Dompropstei und Fürstprimas von Dalbergschen Residenz am Domplatz 6 (heute

Verwaltung der Kunstsammlungen der Diözese Regensburg). Im Februar 1946 inserierte ein weiterer privater Anbieter als „Bayerische Dolmetscherschule Regensburg“, damals noch Königstraße 2. Diese Dolmetscherschule und der AfDGB fanden sich und fusionierten ihre Angebote am Domplatz 6. Mitte Dezember 1946 wurde bekanntgegeben, dass die Bayerische Dolmetscherschule vom Domplatz 6 in die Richard-Wagner-Straße umzieht. Das „Volkshaus“ war endlich zurückgegeben worden! 1948 zog sich der DGB angesichts des damaligen Wiederentstehens der Volkshochschulen aus dem Bildungsbereich zurück. Der beim DGB für diesen Bereich in ganz Ostbayern zuletzt Verantwortliche, der diplomierte Handelsschullehrer Alois Pindl (1920-2021), schied aus und gründete eine private Handelsschule, aus der über die Jahrzehnte ein kleines Privatschulimperium in Regensburg, Straubing und Passau hervorging.

Noch immer hatte die AEG ihre regionalen Büros und Werkstätten im ehemaligen Hallenbau im Hof des „Volkshauses“. Erst ab den frühen 1950er Jahren übersiedelte die Firma in Neubauten in der Adolf-Schmetzer-Straße bzw. am Weichser Weg. Zunächst öffentlich treuhandverwaltet wurden die Gebäude Richard-Wagner-Straße 2 und 4 erst nach längeren Verhandlungen an die Anteilinhaber

bzw. Rechtsnachfolger der Volkshaus GmbH zurückgegeben. Um 1955 einigten sich DGB und SPD darauf, den Gebäudekomplex auf ihre jeweiligen Vermögenstreuhandgesellschaften aufzuteilen – die Haus-Nr. 2 ging zur Gänze an den DGB, die Haus-Nr. 4 an die SPD und einige andere Anteilseigner. Das noch heute von verschiedenen SPD-Gliederungen des Landesbezirks und aus der Region sowie von Abgeordnetenbüros genutzte Haus erhielt 1987 durch einen einstimmigen Beschluss eines SPD-Bezirksparteitages den Namen „Antonie-Pfülf-Haus“, zur Erinnerung an die frühere SPD-Reichstagsabgeordnete (1877-1933). An sie und ebenso an den früheren Landtagsabgeordneten der SPD, Alfons Bayerer (1885-1940), erinnert zudem seit dem 22. Juni 1986 eine große Gedenktafel am „Paradiesgarten“.



DGB Sprachschule

Noch im Jahresverlauf 1945 wurde der wiedererstandene Gewerkschaftsbund im Berufsbildungsbereich aktiv. Anhand von Zeitungs-Kleinanzeigen und -Berichten lässt sich diese Entwicklung in Regensburg gut nachvollziehen. Am 6. November 1945 gab der AfDGB die Eröffnung eines Übersetzungsbüros in der Gaststätte „Goldener Greifen“, Wollwirker-gasse 18, bekannt. Dieses Speiselokal konnte noch im November seine Wiedereröffnung kundtun (MZ 27.11.45). Wohl deshalb übersiedelte zum 19. Dezember 1945 die „Abt. Fremdsprachen und Berufserziehung“ des Gewerkschaftsbundes an den Domplatz 6, II. Stock (MZ 18.12.45). Die Gewerkschaftseinrichtung konkurrierte mit privaten Anbietern, im Februar 1946 beispielsweise mit einer „Bayerische Dolmetscherschule Regensburg“, zunächst Königstraße 2 (MZ 19.12.45 bzw. 2x 26.12.45). Diese Dolmetscherschule und der AfDGB fanden sich und fusionierten ihre Angebote am Domplatz 6, von wo aus diese Einrichtung kurz vor Weihnachten 1946 ins endlich freigegebene Gewerkschaftshaus in der Richard-Wagner-Str. 4 umzog (MZ 19.12.46). Mit dem Wiederentstehen der Volkshochschulen 1947 zog sich der Gewerkschaftsbund aus dem Bildungsbereich zurück. Der beim DGB für diesen Bereich in ganz Ostbayern zuletzt Verantwortliche, der diplomierte Handelsschullehrer Alois Pindl (1920-2021), schied aus und gründete eine private Handelsschule, aus der über die Jahrzehnte ein kleines Privatschulimperium in Regensburg, Straubing und Passau hervorging.

Die Bayerische Dolmetscherschule
Als eine bedeutende kulturelle Einrichtung der Stadt Regensburg gilt die von anerkannten, politischen einwandfreien Fachkräften geleitete Bayerische Dolmetscherschule, die der Wirtschaft und den verschiedenen Dienststellen die notwendigen fremdsprachlichen Spezialkräfte sichert. Ein reger Verkehr in der Geschäftstiefe der Dolmetscherschule, die jetzt vom Domplatz in das Gewerkschaftshaus in der Richard-Wagner-Straße übersiedelt, zeugt von dem zunehmenden Interesse für diese Anstalt. Dank des Entgegenkommens der Stadt Regensburg ist es möglich, Studierenden, denen freiwillig gestellte Schlafstellen zur Verfügung stehen, für die Dauer des Studiums die Zuzugsgenehmigung zu erwirken. Die Seminarien zerfallen in drei Stufen, in die der Anfänger, die der Mittelstufe und in die der Fortgeschrittenen, wobei bestimmt die Eingliederung in die einzelnen Stufen. Insgesamt bestehen 17 Seminarien mit 400 Teilnehmern, wobei vor allem Englisch, aber auch Russisch und Spanisch gelehrt werden. Die fremdsprachliche Ausbildung umfasst Konversation, Dolmetschen, Lektüre, Grammatik, Diktata, Übersetzungen, Handelskunde, Handelskorrespondenz und fremdsprachliche Stenographie, die von verschiedenen Lehrkräften vorgelesen werden. Nach Abschluss der III. Stufe wird das Dolmetscherdiplom verliehen. Die Gebühr für das sechs Monate dauernde Tageseminar beträgt einschließlich Lehrmaterial und Prüfungsgebühr 500 Mark. — Die Studierenden bestehen aus einem überwiegenden Teil aus weiblichen Teilnehmern, aber auch Kriegesverwehrte und vor allem ehemalige Kriegsgefangene, die in der Gefangenschaft oft bis zu einer ständigen Vollendung erworbenen Sprachkenntnisse zu vervollkommen suchen, zählen zu ihnen. Es ist nur zu hoffen, daß es dieser Anstalt ermöglicht wird, von einem immer größer werdenden Kreis in Anspruch genommen zu werden.
K. G. Meerwald

Abriss- und Umbauplanungen, Modernisierungen

Mitte der 1960er Jahre begann für das alte Volkshaus „eine neue Zeit“ – eine Zeit, über die man sich heute manchmal nicht mehr so ganz sicher ist, ob manches, was in der damaligen Aufbaustimmung verändert wurde (vor allem im Baubereich), auch wirklich so gut war. Im April 1965 stellte die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft (VTG) des DGB bei der Stadt eine Bauvoranfrage hinsichtlich eines eventuellen kompletten Neubaus. Erwogen wurden damals verschiedene Varianten. Zum einen ein nach vorne zur Kreuzung Landshuter Straße/Gabelsbergerstraße hin vorgerückter Neubau.

Noch unglaublicher erscheint heute ein weiterer Plan aus dem Jahr 1965: Zusammen mit der SPD und dem Eigentümer des südlich anschließenden Grundstückes der vormals Zornschen Maschinenfabrik (späterhin entstand dort ein Möbelhaus mit Büroetagen) wurde eine Ladenpassage zwischen Richard-Wagner-Straße und Landshuter Straße erwogen, auf die aufgesetzt drei Hochhäuser hätten entstehen sollen – eines mit Wohnungen auf 14 Stockwerken, ein vierstöckiges für Büros des DGB und der Einzelgewerkschaften sowie ein dreistöckiges für die SPD. Ein Bauvorbescheid für dieses Projekt wurde am 21. Dezember 1965 vom Bauausschuss genehmigt.

Auch aus wirtschaftlichen Gründen nahm man schließlich wieder Abstand von solchen Neubauplänen und versuchte das Vorhandene dem Stil der Zeit anzupassen. Im September 1966 beantragte die Vermögens- und Treuhandgesellschaft (VTG) eine Abrissgenehmigung für den Anbau im Hof – der ehemaligen Konzerthalle des frühen Paradiesgartens. Die dort gelegenen ehemaligen AEG-Räume hatte zuletzt die Gewerkschaft Textil-Bekleidung genutzt. Die Abbruchgenehmigung wurde erteilt. Der Hallenanbau musste auch deshalb weichen, da man DGB-seitig nun eine völlige Modernisierung des Gewerkschaftshauses plante.

Als erstes war der Neubau eines Treppenhauses mit Aufzug vorgesehen, wodurch sich das Gebäude nach Süden hin verlängerte. Der Südflügel erhielt dabei ebenfalls ein ausgebautes drittes Stockwerk. Hierfür konnte bereits am 22. Juni 1967 Richtfest gefeiert werden. Anschließend wurde der komplette Altbauteil saniert – wobei aber all der Fassadenschmuck aus der Frühzeit des 20. Jahrhunderts und die Erkeranbauten verschwanden; auch die frühere Durchfahrt durch das Gebäude wurde verbaut. Insgesamt entstanden beim Umbau im Innern 45 Büroräume. Auch der Nachbar, die SPD, entschloss sich kurze Zeit später ebenfalls zu einer entsprechenden „Modernisierung“ seines Gebäudeteils, wobei auch bei diesem die Straßenfassade in der dritten Etage dem benachbarten Gebäude angeglichen wurde. Auch das Treppenhaus an der Ostfassade wurde erneuert und vergrößert.

Die neuen Fassaden der beiden Häuser „Richard-Wagner-Straße 2“ bzw. „4“ sind sich nicht unähnlich, aber seither doch farblich etwas verschieden, was wohl auch dazu beitrug, dass seither sehr schnell etwas in Vergessenheit geriet, dass einst beide Häuser zum alten „Volkshaus“ gehört hatten. Zwischenzeitlich erfuhr das DGB-Haus weitere Umbauten, so erst in jüngerer Zeit eine abermalige Vergrößerung des Treppenhaustraktes durch einen neuen Aufzugschacht, wodurch sich der Südflügel abermals verlängerte. Leider gehört zwischenzeitlich die Gaststätte „Paradiesgarten“ der Vergangenheit an – und wird in alter Form nie wieder entstehen; an ihre Stelle trat das im Inneren vollständig umgebaute „Seminarzentrum Paradiesgarten“ mit verschiedenen Veranstaltungsräumen. Im Regensburger Sprachgebrauch lebt er aber bislang fort – der „Paradiesgarten“, wenn man das Gewerkschaftshaus meint.

Dem „Volkshaus“ ein herzlicher Glückwunsch zum 100. Geburtstag! „Glück auf!“



Volkshaus – Baubestand 1965

Diese Fotoserie wurde etwa 1964/65 aufgenommen und stand wohl im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau – ansonsten wäre wohl niemand auf die Idee verfallen, solch triste Hof- und Hinterhofszenen abzulichten.

In der Fassadenfront zur Richard-Wagner-Straße hin ist noch deutlich die frühere Durchfahrt in den Hof der Haus-Nr. 4 zu erkennen. Im ehemalige Saalanbau am

Südflügel, in dem seit 1921 bis in die 1950er Jahre die örtliche AEG-Vertretung beheimatet war, wurden die Räume dort zuletzt von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung genutzt. Vom Hof der Haus-Nr. 4 aus ist oberhalb der AEG-Anbauten das alte Treppenhaus von Haus-Nr. 2 zu sehen. Direkt neben den alten AEG-Hofbauten und an der Grundstücksgrenze zwischen den Haus-Nrn. 2 und 4 (Fallrohr der Dachrinne) ist die Durchfahrt in den Hof von Nr. 2 deutlich zu erkennen.

Neubauplan 1965: Einkaufszentrum mit Büro- und Wohntürmen

Im Jahr 1965 entstanden mehrere Pläne für einen Abriss und Neubau. So sollte etwa auf dem gesamten Grundstück (mitsamt dem Gartenteil) sowie dem der südlich benachbarten ehemaligen Zorn'schen Maschinenfabrik zwischen Richard-Wagner-Straße und Landshuter Straße eine große Ladenpassage durch einen Investor entstehen. Auf deren Dach hätten sich drei Hochhaustürme erhoben, einer mit Wohnungen auf 14 Stockwerken, ein vierstöckiger mit Büros für den DGB und die Einzelgewerkschaften sowie ein dreistöckiger für die SPD. Ein Bauvorbescheid für dieses Projekt wurde kurz vor Weihnachten 1965 vom Bauausschuss genehmigt.

Nach dem Umbau 1967

Der Umbau und die Aufstockung des Südflügels sind im Herbst 1967 bereits abgeschlossen und der Gebäudeteil auch bereits wieder in Benutzung. Am Nordflügel wurde hingegen noch eifrig saniert. Unmittelbar rechts des neuen Küchentraktes ist noch die alte, bereits zugemauerte frühere Durchfahrt in den Hof des Hauses Nr. 4 zu erkennen.

Im Inneren der Gaststätte „Paradiesgarten“ hat sich die Ausstattung sehr im Stil der Zeit verändert – Resopal-Platten-Chic und pseudo-rustikales Mobiliar bestimmen die Atmosphäre.





Nach dem Umbau Nachbar SPD – das »Antonie-Pfülf-Haus«

Nach dem Umbau Nachbar SPD – das »Antonie-Pfülf-Haus«

Einst hatte der Gebäudekomplex „Volkshaus Regensburg“ aus den beiden Häusern „Ostendorferstr. 2“ und „2a“ bestanden, seit 1937 „Richard-Wagner-Str. 2-4“. In beiden Häusern waren in erster Linie Büros von Gewerkschaften untergebracht. 1955 wurde der Komplex zwischen den Liegenschaftstreuhandgesellschaften von DGB und SPD geteilt. Die Nr. 2 ging zur Gänze an den DGB, die Nr. 4 an die SPD und andere Anteilseigner der ehemaligen Volkshaus GmbH. Als die Nr. 4 in den späten 1960er Jahren ebenfalls saniert und „modernisiert“ wurde, verschwand auch bei diesem Gebäude der Fassadenschmuck aus der Frühzeit des 20. Jahrhunderts und die Straßenfassade in der dritten Etage wurde dem benachbarten DGB-Gebäude angeglichen. Lediglich in der Farbgebung besteht nun bis heute ein Unterschied.

Noch heute wird das SPD-Haus von verschiedenen SPD-Gliederungen des Landesbezirks und aus der Region sowie von Abgeordnetenbüros genutzt. 1987 erhielt es durch einen einstimmigen Beschluss eines SPD-Bezirksparteitages den Namen „Antonie-Pfülf-Haus“, zur Erinnerung an die frühere regionale SPD-Reichstagsabgeordnete (1877-1933).





Nach dem Umbau Nachbar SPD – das »Antonie-Pfülf-Haus«


SPD

Richard-Wagner-Straße 4
ANTONIE-PFÜLF-HAUS

In Erinnerung an die SPD-Reichstagsabgeordnete Toni Pfülf (1877-1933), eine mutige Kämpferin gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus, die 1933 mit ihrem "NEIN" zum Ernächtigungsgesetz Hitler die Stirn bot.

	Dr. Carolin Wagner Mitglied des Deutschen Bundestages Wahlkreisbüro	1. OG
	Bruno Lehmeier Mitglied des Bezirkstages der Oberpfalz	1. OG

SPD Geschäftsstelle Regensburg

	Bezirksverband Oberpfalz	1. OG
	Unterbezirk Regensburg	1. OG
	Landesgeschäftsstelle	EG

←←← Eingang im Hinterhof →



Im heutigen Gewerkschaftshaus (Richard-Wagner-Str. 2) befinden sich Büros und Sitzungsräume der Gewerkschaften IG BAU (Bezirksverband Oberpfalz), IG Metall (Geschäftsstelle Regensburg) und ver.di (Bezirk Oberpfalz) sowie der DGB Region Oberpfalz, der DGB-Jugend Oberpfalz und der DGB Rechtsschutz GmbH.

Im Veranstaltungszentrum Paradiesgarten stehen vier Seminar- und Veranstaltungsräume und ein großes Foyer zur Verfügung, die für Gewerkschaftsversammlungen, Bildungsveranstaltungen sowie politische und kulturelle Aktionen und Zusammenkünfte rege genutzt werden. Der Paradiesgarten ist damit bis heute ein Ort der politischen Arbeit und gewerkschaftlichen Betätigung, der Bildung, der Vernetzung und der Solidarität – ganz im Sinne eines Volkshauses.

Quellen- und Literatúrauswahl

Der Text folgt im Kapitel „Das „Volkshaus“ – Ideal und Entwicklungsgeschichte“ der u.a. von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten und im Böhlau-Verlag verlegten Dissertation:

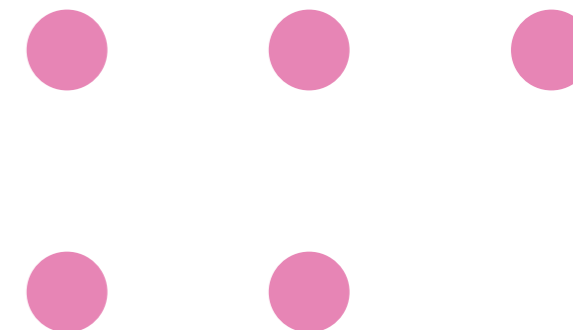
- Hoffsten, Anke: Das Volkshaus der Arbeiterbewegung in Deutschland. Gemeinschaftsbauten zwischen Alltag und Utopie, Köln u.a. 2017.

Ansonsten sei als Auswahl der genutzten Literatur hier genannt:

- Angerstorfer, Andreas – Deng, Annemarie: Regensburg im Widerstand, „Neupfarrplatz-Gruppe“. Dokumentation zur Ausstellung im Evangelischen Bildungswerk Regensburg vom 3.7.-31.7.1997, Regensburg 1997.
- Chrobak, Werner: Politische Parteien, Verbände und Vereine in Regensburg 1869-1914, T.1-3, in: VHVO 119 (1979), S. 137-223, 120 (1980), S. 211-384 u. 121 (1981), S. 183-284.
- Demokratische Bildungsgemeinschaft Ostbayern e.V. (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Ein Bilderlesebuch zur Geschichte der ostbayerischen Arbeiterbewegung / Schriftleitung: Ulrich Lempa, Regensburg 1985.
- DGB Kreis Region Regensburg (Hg.): 50 Jahre Wiedergründung der Gewerkschaften in Regensburg 1946/1996 / Red. Peter Heigl, Regensburg 1996.

- Ehm, Rainer: 140 Jahre SPD Regensburg (1869-2009). Ein Streifzug durch die Geschichte der Sozialdemokratie in und um Regensburg, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Stadtverband Regensburg (Hg.): 140 Jahre SPD Regensburg 1869-2009, Regensburg 2009, S. 10-42.
- Ehm, Rainer: Vortrag beim Gedenktakt des DGB-Bayern im „Paradiesgarten“ Regensburg anlässlich des 80. Jahrestages der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933, Manuskript 2013.
- Ehm, Rainer: Zwischen Grotewohl und Schumacher: Die Wiederbelebung der SPD-Bezirksorganisation Niederbayern/Oberpfalz 1945/46, ein spannendes Kapitel Zeitgeschichte, Regensburg u. Landshut: SPD-Bezirke Oberpfalz u. Niederbayern ²1996.
- Halter, Helmut: Stadt unterm Hakenkreuz. Kommunalpolitik in Regensburg während der NS-Zeit (Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte 1), Regensburg 1994.
- Kick, Wilhelm: „Sag es unseren Kindern“. Widerstand 1933-1945, Beispiel Regensburg, Berlin 1985.
- Mittelbayerische Zeitung, Regensburg, Jge. 1945 u. 1946.
- Müller, Gerhard: Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848-1919 (Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern / Schriftenreihe; Bd. 15), Theuern 1988.

- Muggenthaler, Thomas: „Sie wussten, Hitler bedeutet Krieg“. Der Literaturschmuggel, sozialdemokratischer Widerstand in Ostbayern. Portraits von Zeitzeugen innen: Hans und Martha Weber, Helene Joringer, Josef und Franz Mörtl, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung o.J. [2025].
- Panzer, Marita A.: Das „Paradies“ im Volkshaus, Vortrags-Manuskript o.J.
- Schneider, Michael: „Organisation aller schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust“. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), in: Becker, Stephanie – Studt, Christoph (Hg.): „Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben“. Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossener Verbände im „Dritten Reich“ (Schriftenreihe Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V.; Bd. 16), Münster 2012, S. 159-178.
- Sturm, Ferdinand: Aus der Regensburger Parteigeschichte. Jubiläumsbeilage der „Volkswacht“, Regensburg 1928, 4 S.
- Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern, Regensburg, Jge. 1925, 1926, 1932 u. 1933.



Bildverzeichnis / Abbildungsnachweis

Umschlagseiten innen und außen: »Volkshaus Paradiesgarten« Pläne: Hochbauamtsregistratur

- Seite 5-8:** Gewerkschaftshaus 1965 | Bilddokumentation der Stadt Regensburg
Seite 6-7: Volkswacht 25.6.1927 – Reichsarbeitersporttag 1927
Volkswacht 10.1.1931 – Jahreshaupt- bzw. Generalversammlungen
Volkswacht 19.1.1929 – Kirta im ganzen Haus
Seite 15: Gasthaus »Zum Goldenen Lamm« | Bilddokumentation der Stadt Regensburg
Seite 17: Schrödl-Saal 1925 | Volkswacht 1926
Seite 18: August Bebel, Bebelhaus Weiße-Hahnen-Gasse 2, Bebeltafel | Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. Klaus Rappert)
Seite 20: Gewerkschaftshaus Blauer Hecht | Fotos: Sammlung Wilhelm Amann †, Dirk Stockfisch
Seite 21: Gasthaus Thomaskeller | Hist. Darstellung von K.-T. Pohlig (Bayer. Staatsbibliothek, Bild-Archiv Nr. port-004387)
Seite 22-23: Glockengasse 7, Lederergasse 29, Volkswacht 1926 | Fotos: Dirk Stockfisch, Martin Oswald
Seite 24: Spatzengasse 1 | Fotos: Dirk Stockfisch
Seite 27: Konzerthalle im »Paradiesgarten« | Pläne: Hochbauamtsregistratur
Seite 28: Lokal »Paradiesgarten« 1911-1921 | Fotos: Bilddokumentation der Stadt Regensburg
Seite 31: Adressen der Arbeiter- Sport- und Gesangsvereine | Volkswacht 1925-1926
Seite 33: Volksfürsorge | Foto: Werbeanzeige aus Volkswacht 1932
Seite 34: Eröffnung Volkshaus 1.5.1926 | Beilage zur Volkswacht vom 30.4.1926
Seite 35: 1. Mai Eröffnung, Der rote Feiertag in Regensburg, Paradiesgarten Einstandsfeier, Paradiesgarten Eröffnung | Volkswacht 1926
Seite 36-37: Auf zum Volksentscheid, Paradiesgarten Neues Jahr, Volkshaus „Paradiesgarten“, Gewerkschafts-Sommerfest | Volkswacht 1925-1926
Seite 38-39: SPD-Plakat 1932, SPD-Plakat Eiserne Front 1932 | Illustrationen: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
Seite 43: Gedenktafel Pfülf & Bayerer | Foto: Dirk Stockfisch
Gewerkschaftshauses angebracht
Seite 47: Hans Weber, Bürgermeister 1961-1972 | Aufnahme: Bilddokumentation der Pressestelle der Stadt
Hans Weber 2002 | Aufnahme: Rainer Ehm
Seite 51: Mittelbayerische Zeitung, 23.10.1945 und 19.2.1946
Seite 52: Mittelbayerische Zeitung, 19.12.1946 (Umzug DGB-Sprachschule ins Gewerkschaftshaus)
Seite 54-55: Volkshaus Baubestand 1965 | Bilddokumentation der Stadt Regensburg
Seite 56-57: Neubauplan 1965 | Bilddokumentation der Stadt Regensburg
Seite 59-59: Nach dem Umbau 1967 | Fotos: Bilddokumentation der Stadt Regensburg; Pläne: Hochbauamtsregistratur
Seite 60-61: Nachbar SPD | Fotos: Bilddokumentation der Stadt Regensburg und Dirk Stockfisch
Seite 62: Gewerkschaftshaus und Veranstaltungszentrum Paradiesgarten heute | Foto: Martin Oswald

Impressum

Autor: Rainer Ehm
Herausgeber: DGB Region Oberpfalz, Richard-Wagner-Straße 2, 93055 Regensburg
Verantwortlich: Christian Dietl
Redaktion und Lektorat: Christian Dietl, Katja Ertl, Martin Oswald
Layout: Michael Prechtel | info@michaelprechtel.de
Druck: Frischmann Druck & Medien GmbH (Amberg)

🌐 oberpfalz.dgb.de
✉ regensburg@dgb.de



**Diese
Publikation
digital**

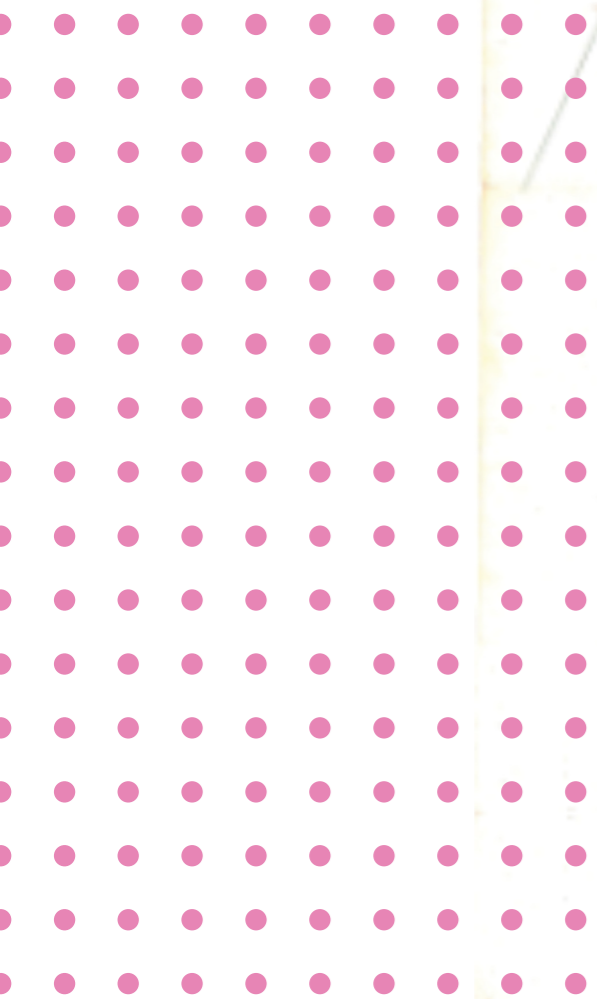
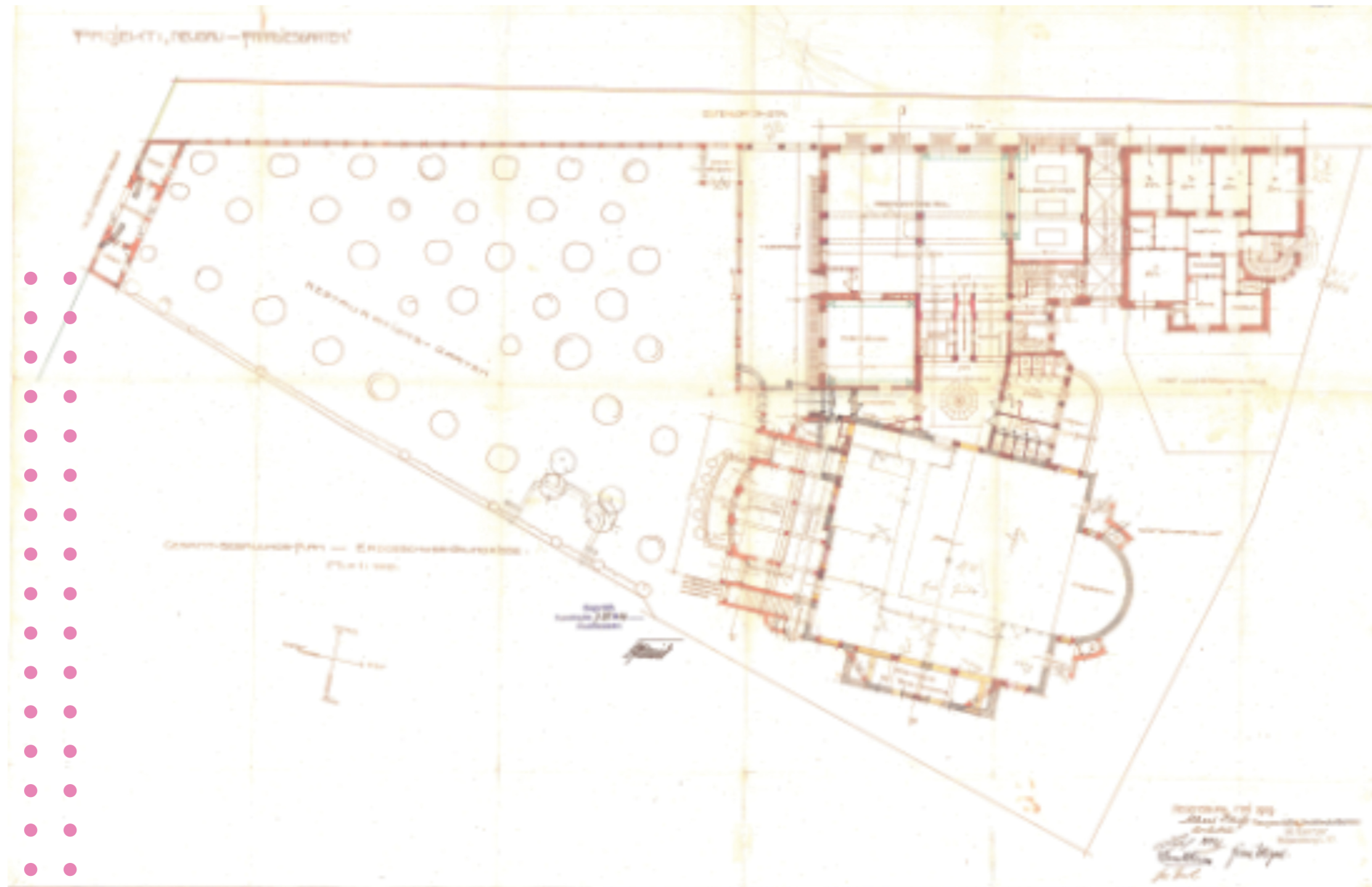
Mai 2026

Wir bedanken uns herzlich bei:

DGB Bezirk Bayern
Rafael Fischer
Anna Forster
Naturfreunde Regensburg
Andreas Schmal
Dirk Stockfisch
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des DGB mbH

und unseren acht DGB-Mitgliedsgewerkschaften:

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, *Geschäftsstelle Regensburg*
Gewerkschaft der Polizei, *Bezirksgruppe Oberpfalz*
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, *Bezirk Oberpfalz*
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, *Bezirksverband Oberpfalz*
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, *Bezirke Kelheim-Zwiesel und Nordostbayern*
Industriegewerkschaft Metall, *Geschäftsstellen Amberg und Regensburg*
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, *Region Oberpfalz*
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, *Bezirk Oberpfalz*





EVG



GEW

